

Ergebnisse von jugendpolitischen Beteiligungsprozessen – Forderungen junger Menschen: KI-gestützte Dokumentenanalyse



Im Auftrag von



Impressum:

Kompetenzzentrum für Nonprofit-Organisationen
und Social Impact
Welthandelsplatz 1, Gebäude AR, 1.OG
1020 Wien
Tel.: +43 1 31336 5878
www.wu.ac.at/npocompetence

Wien, November 25

Copyright: NPO & SI Kompetenzzentrum
Kontakt: Viktoria Tanczer, viktoria.tanczer@wu.ac.at



Inhalt

Executive Summary	6
Methodisches Vorgehen.....	8
Cluster 1: Bildung & Politische Bildung	9
Politische Bildung und Demokratiekompetenz.....	10
Junge Menschen	10
Schüler*innen	10
Chancengleichheit im Bildungssystem	11
Junge Menschen	11
Junge Menschen in ländlichen Räumen.....	11
Schüler*innen	11
Inklusion und Vielfalt im Bildungssystem	12
Lehrpersonen	12
Lebensweltorientierung und Alltagskompetenzen	12
Schüler*innen	12
Lehrpersonen	13
Allgemeine Bildungsentwicklung	13
Junge Menschen	13
Jugendarbeit.....	14
Junge Menschen	14
Jugendarbeiter*innen.....	16
Cluster 2: Inklusiver Arbeitsmarkt & Faire Arbeitsbedingungen	17
Arbeitswelt und Berufsperspektiven	18
Junge Menschen	18
Junge Menschen in ländlichen Räumen	20
Menschen mit Migrationshintergrund.....	20
Menschen mit Behinderung	20
Frauen	21
Männer.....	21
Praktika.....	22
Junge Menschen	22
Ehrenamt	22
Allgemein	22
Care-Arbeit.....	23
Allgemein	23
Eltern.....	23
Zukunft und Transformation.....	23
Junge Menschen	23
Cluster 3: Wohnen, Freizeit & Leben am Land	25
Identifikation und Tradition in ländlichen Räumen.....	26
Junge Menschen	26
Allgemein	26
Infrastruktur in ländlichen Räumen	27
Junge Menschen	27
Allgemein	27
Wohnen.....	28
Allgemein	28

Menschen in ländlichen Räumen	29
Menschen mit Behinderung	29
Vereine und Freizeiträume	30
Junge Menschen in ländlichen Räumen	30
Allgemein	30
Cluster 4: Inklusion & Barrierefreiheit.....	31
Chancengleichheit.....	32
Junge Menschen	32
Allgemein	33
Inklusion & Toleranz	33
Junge Menschen	33
Allgemein	34
Menschen mit Migrationshintergrund.....	34
Barrierefreiheit.....	34
Allgemein	34
Menschen mit Behinderung	35
Cluster 5: Physische und psychische Gesundheit.....	36
Physische Gesundheit.....	37
Junge Menschen	37
Lehrpersonen	37
Psychische Gesundheit	38
Junge Menschen	38
Lehrpersonen	39
Eltern	40
Männer.....	40
Politische Entscheidungsträger*innen	40
6: Klimakrise & Nachhaltigkeit	41
Klimaschutz	42
Junge Menschen	42
Allgemein	42
Politische Entscheidungsträger*innen	43
Lebensmittel und Landwirtschaft	43
Allgemein	43
Nachhaltigkeit	43
Allgemein	43
Mobilität	44
Junge Menschen	44
Allgemein	45
Politische Entscheidungsträger*innen	45
Cluster 7: Demokratie, EU & Beteiligung.....	46
Gesprächskultur und Demokratieverständnis.....	47
Junge Menschen	47
Allgemein	47
Politische Entscheidungsträger*innen	47
Europa und Europäische Union	48
Junge Menschen	48
Allgemein	49
Beteiligung	50
Junge Menschen	50
Allgemein	51
Ländliche Räume	52
Junge Menschen	52
Cluster 8: Medien, Digitalisierung & Information.....	54
Medienkompetenz und Regulierung.....	55
Junge Menschen	55
Allgemein	55

Zugang zu Information.....	56
Junge Menschen	56
Allgemein	56

Literaturverzeichnis.....	57
----------------------------------	-----------

Executive Summary

Die in den Clustern 1 bis 8 zusammengefassten Forderungen junger Menschen aus österreichischen Beteiligungsformaten verdeutlichen ein breites und reflektiertes Verständnis gesellschaftlicher Verantwortung. Junge Menschen verbinden zentrale Zukunftsthemen – Bildung, Arbeit, Wohnen, Inklusion, Gesundheit, Klima, Demokratie und Digitalisierung – zu einem kohärenten Anspruch auf Teilhabe, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Bildung (Cluster 1) wird als Fundament gesellschaftlicher Teilhabe verstanden. Jugendliche fordern ein Bildungssystem, das lebensnah, chancengerecht und politisch bildend ist. Politische Bildung, Alltagskompetenzen und Inklusion sollen fest im Unterricht verankert sein. Schule wird als Ort sozialer und demokratischer Erfahrung begriffen, nicht nur der Wissensvermittlung.

Im Arbeitsbereich (Cluster 2) dominieren Forderungen nach einem inklusiven, gerechten Arbeitsmarkt. Junge Menschen verlangen faire Bezahlung, gleiche Chancen für alle und den Abbau struktureller Diskriminierung – insbesondere gegenüber Menschen mit Behinderungen oder Betreuungspflichten. Arbeit soll Selbstbestimmung ermöglichen, nicht soziale Ungleichheit reproduzieren.

Das Themenfeld **Wohnen, Freizeit & Leben am Land (Cluster 3)** betont die Notwendigkeit leistbaren, barrierefreien Wohnraums und einer funktionierenden Infrastruktur. Junge Menschen fordern, dass Wohnen, Mobilität, Nahversorgung und Gesundheitsversorgung gemeinsam gedacht werden. Lebensqualität am Land setzt voraus, dass soziale, kulturelle und ökologische Bedingungen nachhaltig gestaltet sind.

Inklusion & Barrierefreiheit (Cluster 4) wird von Jugendlichen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Sie fordern barrierefreie Zugänge in Bildung, Wohnen, Freizeit und Politik, umfassende Assistenzsysteme sowie eine inklusive Sprache in Information und Verwaltung. Inklusion bedeutet für sie gleichberechtigte Teilhabe und Mitentscheidung, nicht bloße Integration.

Im Bereich **Gesundheit (Cluster 5)** zeigen junge Menschen ein tiefes Bewusstsein für psychische und soziale Gesundheit. Sie fordern Entstigmatisierung, niederschwellige Therapieangebote, Prävention in Schulen und eine Stärkung psychologischer Betreuung. Gesundheit wird als kollektives Gut und nicht als individuelle Verantwortung gesehen.

Die **Klimakrise & Nachhaltigkeit (Cluster 6)** werden als Querschnittsthemen betrachtet. Jugendliche fordern konsequente ökologische Politik, nachhaltige Mobilität, regionale Wirtschaftskreisläufe und politische Verbindlichkeit statt freiwilliger Maßnahmen. Klimagerechtigkeit ist für sie eine Frage von Generationengerechtigkeit und sozialer Fairness.

Im Themenfeld **Demokratie, EU & Beteiligung (Cluster 7)** verlangen junge Menschen mehr strukturelle Mitbestimmung: Jugendbeiräte, Quoten in politischen Gremien, Transparenz in Entscheidungsprozessen und Feedback zu Beteiligungsformaten. Demokratiebildung soll früh beginnen und durch reale Beteiligungserfahrungen gestützt werden.

Schließlich fordern Jugendliche im Bereich **Medien, Digitalisierung & Information (Cluster 8)** verständliche, glaubwürdige Informationskanäle, kritische Medienbildung und strengere Regulierung digitaler Räume. Digitale Teilhabe wird als demokratisches Recht betrachtet, das Zugänglichkeit, Schutz vor Hassrede und Medienkompetenz voraussetzt.

Insgesamt formulieren junge Menschen ein umfassendes Zukunftsprogramm: Sie verlangen politische Verantwortung für soziale, ökologische und digitale Gerechtigkeit – und wollen selbst aktiv daran mitwirken. Ihre Forderungen zeigen den Anspruch auf eine Gesellschaft, die Teilhabe, Nachhaltigkeit und Solidarität strukturell absichert.

Methodisches Vorgehen

Die inhaltliche Aufbereitung der Forderungen erfolgte durch KI-gestützte Textanalyseverfahren. Ziel war es, die in unterschiedlichen Dokumenten formulierten politischen Forderungen junger Menschen systematisch zu erfassen, zu strukturieren und thematisch zu verdichten, um übergeordnete Schwerpunkte sichtbar zu machen. Forderungen stammen aus Ergebnissen der Österreichischen Jugendkonferenzen, der Beteiligungsrunden 7-10 des Jugenddialogs, Inklusionsbeirat der Bundesjugendvertretung und TOPSY Dialogveranstaltung. Alle Quellen sind im Literaturverzeichnis angeführt und verlinkt.

In einem ersten Schritt wurden explizite und implizite Forderungen mithilfe des Sprachmodells Notebook LM (Google) automatisiert im Text identifiziert. Im zweiten Schritt wurden die Forderungen mithilfe eines KI-Modells (OpenAI GPT-5) inhaltlich analysiert, semantisch gruppiert und nach thematischer Nähe geordnet. Die verwendeten KI-Tools dienten hierbei als analytisches Werkzeug zur Unterstützung bei der Mustererkennung, Begriffsnähe und thematischen Zuordnung. Alle Ergebnisse wurden anschließend manuell überprüft.

Die Bildung der Cluster erfolgte induktiv, auf Basis wiederkehrender Themenmuster innerhalb der Texte. Übergeordnete Schwerpunkte wurden aus der Häufung ähnlicher oder thematisch verwandter Forderungen abgeleitet.

Für jede Forderung wurde zusätzlich eine Zielgruppe bestimmt. Diese ergab sich entweder direkt aus der Formulierung (z. B. Schüler*innen, Menschen mit Behinderung) oder wurde kontextuell aus dem Dokument abgeleitet.

Die meisten Forderungen wurden im genauen Wortlaut aus den Quellen übernommen. Wenn jedoch gleiche oder sehr ähnliche Forderungen in mehreren Dokumenten vorkamen, wurde die inhaltliche Überschneidung manuell zu einer zusammengefassten Forderung verdichtet. In diesen Fällen wurde der Fokus auf den gemeinsamen Inhalt gelegt, nicht auf die exakte Formulierung. Diese zusammengefassten Forderungen sind durch mehrere Quellenangaben gekennzeichnet und somit als in verschiedenen Dokumenten vorkommend erkennbar. Forderungen, die ursprünglich aus mehreren Teilsätzen bestanden, wurden zur besseren Lesbarkeit manuell sprachlich angepasst oder leicht umformuliert, ohne den Bedeutungsgehalt zu verändern.

Cluster 1: Bildung & Politische Bildung

Das Thema Bildung stellt einen der zentralen Schwerpunkte jugendpolitischer Forderungen dar. Die in den Dokumenten erfassten Positionen zeigen, dass Jugendliche ein starkes Interesse an einer Reform des Bildungssystems haben, welches stärker an ihren Lebensrealitäten, gesellschaftlichen Herausforderungen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten ausgerichtet ist. Auffällig ist, dass sich die Forderungen auf mehreren Ebenen bewegen: strukturell-institutionelle Veränderungen im Schulsystem, methodisch-didaktische Anpassungen, die Einbindung von Alltags- und Lebenskompetenzen sowie eine breitere politische und europäische Bildung.

Ein wiederkehrendes Motiv ist die Forderung nach einer **institutionalisierten politischen Bildung**. Jugendliche schlagen die Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches vor, das nicht nur klassische politische Inhalte, sondern auch Themen wie Nachhaltigkeit, EU-Politik und kritisches Denken abdecken soll. Diese Forderung wird ergänzt durch Vorschläge wie eine verpflichtende „European Week“ oder EU-Reisen im schulischen Kontext. Solche Maßnahmen deuten auf ein ausgeprägtes Bedürfnis hin, Politik und insbesondere die europäische Integration lebensnah zu vermitteln und Partizipationsmöglichkeiten sichtbar zu machen.

Darüber hinaus zeigen die Dokumente ein deutliches Interesse an **Kompetenzorientierung jenseits rein fachlicher Inhalte**. Dazu zählen die Forderungen nach Alltagskompetenzen wie Finanzwissen oder Steuerfragen, ebenso wie nach methodischen Anpassungen (interaktive Lernformen, non-formale Methoden, Einbindung externer Expert*innen). Hier wird die Schule als Raum verstanden, der Jugendliche nicht nur fachlich, sondern auch gesellschaftlich und praktisch auf ein eigenständiges Leben vorbereiten soll.

Neben diesen allgemeinen Forderungen treten auch **zielgruppenspezifische Aspekte** hervor. Jugendliche mit Behinderungen thematisieren insbesondere bauliche Barrieren im Schulbereich und verlangen individuelle, bedarfsgerechte Unterstützung. Diese Forderungen zeigen, dass Chancengerechtigkeit nicht allein über Lehrinhalte, sondern auch über die konkrete Zugänglichkeit von Bildungseinrichtungen realisiert werden muss.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass Jugendliche Bildung nicht als rein kognitiven Prozess verstehen, sondern als ganzheitlichen Rahmen, in dem gesellschaftliche Teilhabe, Alltagskompetenz und politische Bildung ineinandergreifen. Die Vorschläge zeigen, dass sie sowohl die strukturellen Grundlagen (eigene Schulfächer, Curricula-Reformen) als auch die methodischen Zugänge (interaktive, lebensweltnahe Vermittlung) in den Blick nehmen. Dies verweist auf eine klare Erwartung, dass Bildungssysteme stärker integrativ und partizipativ gestaltet werden sollten.

Politische Bildung und Demokratiekompetenz

Junge Menschen

Zugang zu politischer Bildung haben, die ihnen fundiertes Wissen über politische Systeme, Demokratie und Menschenrechte vermittelt – auch durch Engagement in Gemeinde und Gesellschaft – um so eine aktive BürgerInnenbeteiligung zu fördern (European Youth Goals, S. 24).

Mehr politische Bildung auch außerhalb der Schule – beispielsweise in Jugendorganisationen, Vereinen und Freizeitstrukturen (Jugendkonferenz 2025, S. 5).

Sicherstellen, dass Jugendorganisationen und europäische Jugendprogramme besser mit den Bildungssystemen vernetzt sind und dazu beitragen, (zivil)gesellschaftliches Engagement und Alltagskompetenzen zu fördern (European Youth Goals, S. 27).

Demokratiebildung muss bereits ab dem Kindergarten in allen Bildungsinstitutionen verankert und zudem müssen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden (Jugendkonferenz 2025, S. 9).

Kritisches Denken fördern (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Schüler*innen

Einführung eines Schulfachs „Politische Bildung“, um mehr Jugendliche zu informieren und zur aktiven Mitgestaltung in Politik und Gesellschaft zu motivieren (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Verankerung von Politischer Bildung als eigenes Schulfach in allen Schultypen (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Ausbau der politischen Bildung in allen Bildungsinstitutionen als Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und Beteiligung auf Augenhöhe (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der Unterstufe in allen Schultypen einführen (Jugendkonferenz 2025, S. 5).

Bessere staatsbürgerliche Bildung für junge Menschen in der Schule (Jugenddialog 2021b, S. 5)

Eigenes Schulfach für politische- und Gesellschaftsbildung inklusive nachhaltiger Entwicklung und globalem Lernen sowie Sozialkompetenzen (Jugendkonferenz 2022, S. 3)

Chancengleichheit im Bildungssystem

Junge Menschen

Umfassenden und gleichberechtigten Zugang zu guter Bildung und lebenslangem Lernen gewährleisten (European Youth Goals, S. 24).

Sicherstellen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen haben, die notwendigen Fähigkeiten zu entwickeln und praktische Erfahrungen zu machen, die ihnen den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt erleichtern (European Youth Goals, S. 23).

Reformierung des formalen Bildungssystems unter dem Anspruch der Chancengerechtigkeit (Jugendkonferenz 2022, S. 11)

Der Zugang zu Bildung ist nicht gleich, Mehr finanzielle und personelle Mittel müssen bereitgestellt werden, um sich dem Ziel der Chancengleichheit für alle Jugendlichen anzunähern (Jugendkonferenz 2020, S. 12).

Junge Menschen in ländlichen Räumen

Sicherstellen, dass alle jungen Menschen in ländlichen Räumen gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung haben (European Youth Goals, S. 22).

Ausbau und Verbesserung von breitgefächerten Bildungsmöglichkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Qualitativ hochwertige Bildungseinrichtung im ländlichen Raum sichern (Jugendkonferenz 2020, S. 10).

Bessere Information junger Menschen über Bildungsmöglichkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Schüler*innen

Kostenlose Ganztagschule (vormittags: Unterricht; nachmittags: Angebote und individuelle Förderung) (Jugendkonferenz 2020, S. 12)

Gleichwertige und finanzielle Förderung aller Bildungswege (Jugendkonferenz 2020, S. 16)

Sicherstellen, dass alle jungen Menschen Zugang zu angemessen finanzierter non-formaler Bildung auf allen Ebenen haben und diese anerkannt und bescheinigt wird (European Youth Goals, S. 24).

Gleichberechtigten Zugang zu formaler und non-formaler Bildung sicherstellen und das Bildungssystem geschlechtersensibel gestalten (European Youth Goals, S. 18).

Alle Schüler*innen und Eltern sind ausreichend informiert und Bildung wird nicht mehr vererbt. Vor und bei Schulwechsel Aufklärungsarbeit für Eltern bzw. Schultypen/ Ausbildungswege und Auslandsmöglichkeiten (mehrsprachig, Videos und Bildungsvererbung vorbeugen) (Jugendkonferenz 2024, S. 5)

Inklusion und Vielfalt im Bildungssystem

Ein Schulsystem ohne Diskriminierung und Benachteiligung: Workshops für Schülerinnen und Fortbildungen für Lehrerinnen zu Sensibilisierung und Sichtbarkeit von Vielfalt in der Schule (Herkunft, Sprachen, Behinderung, Geschlecht, Sexuelle Orientierung, Soziale Herkunft, People of Colour, Alltagsrassismus) (Jugendkonferenz 2024, S. 3)

Lehrpersonen

Schulbücher, die die Gesellschaft in all ihren Facetten abbilde[n], in Bildern und auch sprachlich (auch in leichter Sprache) (Jugendkonferenz 2024, S. 4)

Schulbücher und Lehrpersonal sind in der Vielfalt auf unserer Welt bewusst und können sensibel damit umgehen: Benachteiligung und damit einhergehende Barrieren verpflichtend in den Unterricht einbinden (ob in politischer Bildung oder als eigenes Inklusion-Fach) (Jugendkonferenz 2024, S. 4)

Die Fähigkeiten von PädagogInnen stärken, mit gesellschaftlich benachteiligten jungen Menschen zu arbeiten (European Youth Goals, S. 19).

Anpassung des Lehramtsstudiums und Curricula. Lehrenden sollten Materialien zur Verfügung gestellt werden, die Sensibilisierung und Sichtbarkeit von Vielfalt in der Schule (Herkunft, Sprachen, Behinderung, Geschlecht, Sexuelle Orientierung, Soziale Herkunft, People of Colour, Alltagsrassismus) sicherstellen (Jugendkonferenz 2024, S. 3).

Adaptieren und Abbilden: Intergeschlechtlichkeit, Regenbogenfamilien, queere Paare, Transidentität, aber auch Herkunft und Behinderung [in Schulbüchern] (Jugendkonferenz 2024, S. 4).

Lebensweltorientierung und Alltagskompetenzen

Schüler*innen

Abbau von Leistungsdruck und Förderung einer konstruktiven Fehlerkultur – verbunden mit mehr Mitgestaltung und Partizipation im Schulalltag (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Gewährleisten, dass das Bildungssystem jungen Menschen Alltagsfertigkeiten vermittelt, wie etwa den Umgang mit Geld und Gesundheitserziehung, einschließlich Wissen über sexuelle und reproduktive Gesundheit (European Youth Goals, S. 24).

Verankerung von Alltagskompetenzen im Lehrplan (Fit4Life): Steuererklärungen, Verträge abschließen, Weiterbildungsmöglichkeiten, Finanzkompetenz, etc. um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Bereits in der Schule soll konstruktives Debattieren und wertschätzende Kommunikation geübt und gelernt werden. Dies könnte z. B. ins Unterrichtsfach Deutsch integriert sowie als separates Freifach angeboten werden (Jugendkonferenz 2025, S. 11).

Lebensnahe Beispiele für das spätere Berufsleben im Unterricht einbinden (z.B. Versicherungen, Steuern) (Jugendkonferenz 2020, S. 15)

In formalen wie in non-formalen Lernumgebungen Methoden einbinden, die die Lernenden in die Lage versetzen, persönliche Kompetenzen zu entwickeln, wie z.B. kritisches und analytisches Denken, Kreativität und die Fähigkeit zu lernen (European Youth Goals, S. 24).

Soziale Kompetenzen an Bildungsinstitutionen im Rahmen des Unterrichts vermitteln (Jugendkonferenz 2025, S. 10)

Medienbildung und Antidiskriminierungsmaßnahmen müssen ausgebaut werden (Jugenddialog 2024, S. 10).

Lernen wie man für seine Meinung eintreten kann, damit sie auch Gehör und Zuhör findet (Jugendkonferenz 2019, S. 16).

Fehler und Probleme sollen als Lernmöglichkeit erachtet und dies auch öffentlich so vermittelt werden (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Schulfach „Heimatkunde“ (Kultur, Geschichte, Tradition, Geografie) einführen/weiterentwickeln (Jugendkonferenz 2020, S. 11).

Lehrpersonen

Etablierung des Fachs „KoKoKo“ = Kooperation, Kommunikation, Konfliktlösung in der pädagogischen Ausbildung (Jugendkonferenz 2025, S. 11).

Allgemeine Bildungsentwicklung

Junge Menschen

Ausbau und Verbesserung von breitgefächerten Bildungsmöglichkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten (Jugendkonferenz 2019, S. 12)

Die technische Ausstattung an Bildungseinrichtungen wurde als verbesserungsfähig empfunden (Jugenddialog 2021a, S. 12).

Stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Lehrbetrieben (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Betriebsbesuche in allen Schultypen (dies bspw. In dem Unterrichtsfach Technik & Design oder Berufsorientierung) (Jugendkonferenz 2024, S. 10)

Berufsorientungsunterricht an allen Schultypen (Jugendkonferenz 2020, S. 15)

Mehr Öffentlichkeitsarbeit in Schulen und Jugendzentren, zB durch einen "Ver-einstag" an Schulen, damit junge Menschen zum einen von Vereinen erfahren und sie kennenlernen und zum anderen auch Geschlechterstereotype - zB in Sportarten - überwunden werden können. Dazu können auch inklusive "Vereins-messen" organisiert werden und Schulen diese gemeinsam besuchen, damit wirklich alle davon erfahren (Jugendkonferenz 2024, S. 7).

Besuche von Vereins-Messen für Schulen zur Regel machen (Jugendkonferenz 2024, S. 7).

Jugendzentren speziell für Mädchen sollen von und in Schulen beworben werden (zB durch Tag der offenen Tür, Plakate, ...) (Jugendkonferenz 2024, S. 6)

Förderung der Bindung junger Menschen an ihre Heimat, damit diese nach der Ausbildung andernorts wieder zurückkehren und ihr Wissen mitnehmen (Jugend-dialog 2021a, S. 11).

Junge Menschen in der Schule motivieren, sich bei Vereinen/Projekten zu betei-ligen bzw. in der Schule Projekte starten und dafür Informationen und Unterstüt-zung bieten (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Gesamtschule für Kinder/Jugendliche für die 5.-8. Schulstufe (Jugendkonferenz 2020)

Jugendarbeit

Junge Menschen

Eine nachhaltige Finanzierung, allgemeine Anerkennung und Entwicklung von gu-ter Jugendarbeit sicherstellen, um Jugendorganisationen und die offene Jugend-arbeit sowie ihre Rolle bei der Inklusion, Beteiligung und non-formalen Bildung zu stärken (Jugenddialog 2021b, S. 2).

Auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sollte Spaß am Diskutie-ren gefördert werden (Jugendkonferenz 2025, S. 11).

Jugendarbeit in frei zugänglichen, niederschwelligen Räumen und Räumen zum Selbstgestalten (Jugendkonferenz 2020, S. 17).

Die offene und verbandliche Jugendarbeit muss gestärkt werden, denn sie trägt aktiv zum Austausch zwischen jungen Menschen und zu einer positiven Ge-sprächskultur bei (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Niederschwellige Kommunikation mit jungen Menschen aller Hintergründe zu Nachhaltigkeits- und Inklusionsthemen durch ein flächendeckendes Angebot of-fener Jugendarbeit und Jugendorganisationen (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Bestehende Angebote sollen sichtbar und transparent nach außen kommuniziert werden, damit alle jungen Menschen darüber informiert sind (Jugenddialog 2021a, S. 28).

Angebote sichtbarer und transparenter machen (Jugendkonferenz 2019, S. 17).

Diese Lernmöglichkeiten sollten noch weiter ausgebaut und in ihrer Vielfalt erweitert werden: Diskussionsrunden zu aktuellen Themen, Workshops und Seminare wurden beispielsweise diesbezüglich erwähnt (Jugenddialog 2021a, S. 28).

Niederschwelligkeit: die Hürden, gewisse Angebote und Räume in Anspruch zu nehmen, dürfen nicht so groß sein (Jugendkonferenz 2019, S. 17).

Mehr finanzielle und strukturelle Wertschätzung, unter anderem durch Sonderfreistellungen (Jugendkonferenz 2020, S. 13).

Dezentrale Qualitätssicherung für Ehrenamt und Hauptamt (Jugendkonferenz 2020, S. 13).

Niederschwellige Räume, Rückzugsorte und ein sicheres Umfeld sollen jungen Menschen zur Verfügung gestellt werden (Jugenddialog 2021a, S. 28).

Gegenseitige Toleranz und politisches Interesse sollen gefördert werden (Jugenddialog 2021a, S. 27).

Zugänglichkeit für alle und Berücksichtigung individueller Ausgangssituationen und Bedürfnisse; dezentral (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Hilfestellung in Krisen (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Eine gute Unterstützung von staatlicher Seite: ausreichend Ressourcen, gut ausgebildete Fachkräfte und geeignete Räume etc. (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Niederschwellige Orte und Räume, wo auf Jugendliche eingegangen wird (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Kompetenter und vertrauenswürdiger Umgang und Austausch mit Jugendlichen und Begleitung auf Augenhöhe: kein Belehren, sondern Dialog; Rückmeldung, Lob und konstruktive Kritik geben; jugendlichen die Zeit und den Raum geben, die sie benötigen; Leistungsanreiz; keinen Druck ausüben; Fehler erlauben; jungen Menschen Freiheit zum Ausprobieren geben (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Gute Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Jugendzentren, die vielfältige Möglichkeiten und Informationen bieten (Jugendkonferenz 2019, S. 17).

Adäquate Förderung von außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, um qualitativ hochwertige non-formale Bildungsangebote zu ermöglichen (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Jugendarbeiterinnen sollten jungen Menschen Unterstützung hinsichtlich Informations- und Medienkompetenz und Soft-Skills geben (Jugenddialog 2021a, S. 29).

Jugendarbeiterinnen sollen Lernangebote für junge Menschen bereitstellen und sie beim Lernen unterstützen (Jugenddialog 2021a, S. 28).

Jugendarbeiterinnen sollen internationalen und interkulturellen Austausch fördern (Jugenddialog 2021a, S. 29).

Jugendarbeiterinnen sollen junge Menschen dabei fördern, für ihre Meinung einzustehen (Jugenddialog 2021a, S. 30).

Jugendarbeiterinnen sollen junge Menschen in Krisen stützen (Jugenddialog 2021a, S. 30).

Jugendarbeiter*innen

JugendarbeiterInnen sollen fair bezahlt werden und eine gute Ausbildung erhalten sowie regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten haben (Jugenddialog 2021a, S. 27).

Cluster 2: Inklusiver Arbeitsmarkt & Faire Arbeitsbedingungen

Die Forderungen im Bereich Arbeit verdeutlichen, dass junge Menschen die Arbeitswelt stark durch Fragen der Gerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit geprägt sehen. Sie machen auf strukturelle Benachteiligungen aufmerksam und formulieren Erwartungen an einen inklusiveren Arbeitsmarkt, der faire Bedingungen für alle schafft. Dabei wird ein Spannungsfeld sichtbar: Einerseits geht es um grundlegende Prinzipien wie faire Entlohnung und die Vermeidung von Diskriminierung, andererseits um spezifische Anpassungen für unterschiedliche Lebenslagen, etwa von Jugendlichen mit Behinderungen oder von jungen Eltern.

Eine zentrale Stoßrichtung betrifft die **Inklusion in den Arbeitsmarkt**. Forderungen nach mehr Selbstbestimmung bei der Berufswahl, nach Abschaffung geschützter Werkstätten und nach einer stärkeren Erhöhung der Ausgleichstaxe weisen darauf hin, dass Segregation im Arbeitsleben kritisch bewertet wird. Junge Menschen mit Behinderungen machen deutlich, dass sie nicht in Sonderstrukturen, sondern im allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein wollen – unter Bedingungen, die echte Teilhabe ermöglichen. Diese Position ist zugleich Ausdruck eines normativen Anspruchs auf Gleichbehandlung und einer Kritik an bestehenden arbeitspolitischen Maßnahmen, die als unzureichend oder gar kontraproduktiv wahrgenommen werden.

Darüber hinaus treten Forderungen nach **fairer Bezahlung** hervor. Sie reichen von einer allgemeinen Gleichbehandlung („faire Bezahlung für alle“) bis hin zu spezifischen Konstellationen wie unbezahlten Praktika oder Care-Arbeit. Die Forderung nach einem Verbot unbezahlter Praktika sowie deren angemessener Vergütung zeigt, dass junge Menschen den Zugang zu Arbeits- und Berufserfahrung als soziale Gerechtigkeitsfrage betrachten. Entsprechendes gilt für Care-Arbeit: Die Orientierung am „skandinavischen Modell“ verdeutlicht, dass junge Menschen eine ungleiche Lastverteilung wahrnehmen und ein strukturelles Umdenken fordern, das unbezahlte Sorgearbeit sichtbar und bezahlt macht.

Auch **Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit** stehen im Fokus. Flexible Arbeitsmöglichkeiten für Personen mit Betreuungspflichten, insbesondere Alleinerziehende, werden als notwendig erachtet, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherzustellen. Diese Forderung verweist darauf, dass die Arbeitswelt in der Wahrnehmung junger Menschen vielfach noch nicht an unterschiedliche Lebenslagen angepasst ist.

Zusammenfassend zeigen die Forderungen, dass junge Menschen Arbeitsmarktpolitik nicht primär unter Effizienz- oder Wettbewerbsaspekten diskutieren, sondern unter dem Gesichtspunkt der sozialen Inklusion und Gerechtigkeit. Sie erwarten von der Politik und von Unternehmen strukturelle Veränderungen, die allen Jugendlichen, unabhängig von Behinderung, Geschlecht oder familiärer Situation, Zugang zu fairen und existenzsichernden Arbeitsbedingungen garantieren.

Arbeitswelt und Berufsperspektiven

Junge Menschen

Berufsberatung und Mentoring an Schulen und in externen Institutionen (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Mehr Möglichkeiten, sich in Berufen praktisch auszuprobieren und unterschiedliche Tätigkeiten oder Sektoren kennenzulernen. Dies sollte auch möglich sein, wenn man (noch) nicht alle benötigten Qualifikationen oder Ausbildungen erlangt habe (Jugenddialog 2021a, S. 23).

Möglichkeiten ausbauen, um Berufe durch Praxiserfahrung kennenzulernen, auch wenn man (noch) nicht die nötigen Qualifikationen oder Ausbildungen hat (Jugendkonferenz 2019, S. 14).

Die Hürden für Weiterbildungen sollen gesenkt werden (Jugenddialog 2021a, S. 23).

Lebensbegleitendes Lernen fördern und günstige/gratis Angebote hierzu schaffen; Hürden für Weiterbildungen senken; individuelle Interessens- und Kompetenzförderung früh etablieren; Selbstverwirklichung im Berufsleben fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 14).

Es werden immer mehr Kompetenzen im Berufsleben gefordert, hierfür braucht es auch entsprechende Wertschätzung und Entlohnung (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Zudem wurde angemerkt, dass immer mehr Kompetenzen im Berufsleben gefordert werden, hierfür jedoch oft entsprechende Wertschätzung und Entlohnung fehlt (Jugenddialog 2021a, S. 20).

Transparente und kompetenzorientierte Jobvergabe (Jugendkonferenz 2020, S. 16).

Alle Berufs- und Ausbildungswege werden wertgeschätzt (z.B. Aufwertung der Lehre) (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Der Mensch im Fokus: Menschlichkeit im Berufsleben fördern; Ethik und Moral in Gesellschaft verankern; breiter gesellschaftlicher Diskurs und Sensibilisierung, was „Arbeit“ und „Gerechtigkeit“ ist und bzgl. unterschiedlicher Wertschätzung verschiedener beruflicher Tätigkeiten (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Hochwertige Arbeitsplätze schaffen, die faire Arbeitsbedingungen, Arbeitsrechte und das Recht auf einen existenzsichernden Lohn für alle jungen Menschen garantieren (European Youth Goals, S. 23).

Konsequente Überprüfung und Verbesserung der Gesetze bezüglich Arbeitsbedingungen, -zeit und Bezahlung in Bezug auf junge Menschen und jene, die verstärkt von Ausbeutung gefährdet sind (Jugendkonferenz 2019, S. 13).

Starke Vertretung und Beratung sowie eine konsequente Überprüfung wichtig sei, um schlechten Arbeitsbedingungen, von denen junge Menschen oft betroffen sind, entgegenzuwirken (Jugenddialog 2021a, S. 20).

Mehr Flexibilität im Berufsleben und in den Arbeitsmodellen zugunsten der ArbeitnehmerInnen (Jugendkonferenz 2019, S. 13; Jugenddialog 2021a, S. 20).

Den Sozialschutz und die Gesundheitsversorgung für junge ArbeitnehmerInnen sichern (European Youth Goals, S. 23).

Soziale Unterstützung stärken, indem das Recht auf einen existenzsichernden Mindestlohn ebenso verankert wird wie faire Arbeitsbedingungen und allgemeiner Zugang zu guter Gesundheitsversorgung. Dabei müssen gezielt Maßnahmen zur Unterstützung von gesellschaftlich benachteiligten jungen Menschen ergriffen werden (European Youth Goals, S. 19).

Verbindliche Interessenvertretung für junge Arbeitnehmerinnen über den Jugendvertrauensrat (JVR) hinaus (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Einheitliches Bewerbungstool für alle Berufe (ohne Name, Alter, Foto, Geschlecht, Herkunft) (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Bürokratische Hürden minimieren, damit Jugendliche viel Neues ausprobieren und sich frei entfalten können (Jugenddialog 2021a, S. 12).

Verankerung von Schul-Betriebskooperationen (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Junge Menschen in der Entwicklung hinsichtlich Soft-Skills und technischen Fähigkeiten fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 14).

Unterschiede, die in der Absicherung in unterschiedlichen Berufssektoren sowie zwischen Mann und Frau bestehen soll entgegengewirkt werden (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Offizielle, einheitliche Templates für Lebensläufe und Bewerbungsunterlagen (ohne Name, Alter, Foto, Geschlecht, Herkunft) (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Mehr unternehmerische Rollenvorbilder (Frauen, Zugänge über Betroffene)

Unterstützung von Initiativen (Finanziell aber auch in Form von Bewerbung durch Kampagnen) um mehr Wissen über die Berufswelt zu schaffen (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Entschädigung des Verdienstentganges für politisches Engagement von Jugendlichen (in gesetzlich verankerten Organisationen, Partnerorganisationen etc.) (Jugendkonferenz 2024, S. 7).

Transparenz in Auswahlprozessen: wachsender Bedeutung (informeller) Netzwerke („Freundalwirtschaft“) entgegensteuern und diese Strukturen aufbrechen (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Vielfältige übersichtliche Online- und Offlinequellen zur Berufswahl (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Es muss mehr verpflichtende Berufsorientierung, Informationsmessen sowie Infoveranstaltungen geben, damit sich Schüler*innen Eindrücke gewinnen können (Jugendkonferenz 2024, S. 9).

Junge Menschen in ländlichen Räumen

Co-Working-Spaces auch am Land etablieren (z.B. Schulen in Freizeit freigeben) (Jugendkonferenz 2024, S. 27).

Ausbau von Informations- und Weiterbildungsangeboten (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Abwanderung von Fachkräften verhindern: Ausbildung und Image von Fachkräften/Lehrlingen fördern; gute Bezahlung (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Jungen Menschen Möglichkeiten bieten, unterschiedliche Sektoren, Bildungs- und Arbeitsbereiche kennenzulernen und sich darin auszuprobieren (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Die Abwanderung von Fachkräften wurde als problematisch empfunden. Hier soll man mit einem besseren Ausbildungs- und Arbeitsangebot und besserer Bezahlung entgegensteuern. Das Image von Fachkräften und Lehrstellen soll gefördert werden. Dass die Lehrlingsentschädigung höher sein sollte und mehr Lehrlingsstellen am Land angeboten werden sollten, wurde zudem angemerkt (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Attraktive und diverse Arbeitsmöglichkeiten zu guten Arbeitsbedingungen gewährleisten (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Der Wunsch nach mehr attraktiven Jobs sowie einem breiteren und innovativeren Jobangebot im ländlichen Raum geäußert (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Sicherstellen, dass zukunftsfähige, hochwertige Arbeitsplätze für junge Menschen im ländlichen Raum geschaffen werden (European Youth Goals, S. 22).

Höhere Lehrlingsentschädigung und mehr Lehrlingsstellen am Land (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Ländlicher Raum muss für Betriebsansiedelungen und „urbane“ Berufsgruppen attraktiviert werden (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Bürokratische Hürden minimieren, damit Jugendliche viel Neues ausprobieren können (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Menschen mit Migrationshintergrund

Zugang zum Arbeitsmarkt trotz ungeklärtem Aufenthaltstitel/ Asylverfahren in Österreich (Jugendkonferenz 2020, S. 16)

Menschen mit Behinderung

Mehr Selbstbestimmung, gerade bei der Auswahl und Ausübung von Erwerbsarbeit (Inklusionsbeirat BJV 2024a, S. 2).

Menschen mit Behinderungen sollen das Recht haben, ihren Arbeitsort selbst zu bestimmen (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Menschen mit Behinderung soll ein normaler Arbeitsvertrag mit einer Bezahlung angeboten werden, die ein eigenständiges Leben oberhalb des Existenzminimums ermöglicht (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Arbeitgeber*innen müssen die Kosten für die Beseitigung von Barrieren übernehmen, um eine barrierefreie Arbeitsumgebung zu gewährleisten (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Menschen mit Behinderung nicht nur geringfügig einstellen, wenn man fähig und willig ist, mehr zu arbeiten (mehr als 12h/Woche) (Jugendkonferenz 2024, S. 15).

Schrittweise Eingliederung und bessere Unterstützung bei den Übergängen sowie ein begleiteter Berufseinstieg (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Eine sofortige Erhöhung der Ausgleichstaxe auf über 800€ pro Person und pro Monat (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Begleitung bei der Berufsfindung bspw. Nach dem VORBILD: Arbas-Tirol (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Firmen und Verwaltungen sollten verpflichtet werden, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Frauen

Strukturelle geschlechtsbezogene Diskriminierung am Arbeitsmarkt beenden und gleiche Rechte, gleichen Zugang und gleiche Chancen sicherstellen (European Youth Goals, S. 18).

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine gerechte Verteilung der Verantwortung für die Sorgearbeit (z.B. Familien-, Haushalts- und Pflegetätigkeiten) sicherstellen (European Youth Goals, S. 18).

Bewusstsein über Anlaufstellen bei Missbrauchsfällen [am Arbeitsplatz] (Jugendkonferenz 2024, S. 14)

Positive Wahrnehmung der Mutterschaft einer Frau in der Arbeitswelt (Jugendkonferenz 2020, S. 16).

Gegenmaßnahmen um Ungleichheiten und schlechterer Entlohnung im Berufsleben hinsichtlich der Geschlechterzugehörigkeit sowie religiöser oder ethnischer Herkunft von Menschen entgegenzuwirken (Jugenddialog 2021a, S. 22).

Frauen-Quote bei Vorständen (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Betriebe mit einem hohen Frauenanteil sollen ein Gütesiegel erhalten, um deren Engagement zu würdigen (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Männer

Sensibilisierung von Männern in Bezug auf Geschlechter-basierte Diskriminierung am Arbeitsplatz (Jugendkonferenz 2024, S. 14)

Praktika

Junge Menschen

Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben Berufserfahrung zu sammeln. Unternehmen sind dazu verpflichtet, die Grundbedürfnisse der Praktikant*innen finanziell zu entschädigen. (Essen, Trinken, etc.) (Jugendkonferenz 2024, S. 9).

Die Zusammenarbeit von Unternehmen und PraktikantenInnen unterstützen (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Gewährleisten, dass Kompetenzen, die durch Praktika, Lehrstellen und andere Formen des arbeitsbezogenen Lernens sowie durch Freiwilligenarbeit und non-formale Bildung erworben wurden, anerkannt und bescheinigt werden (European Youth Goals, S. 23).

Die Abschaffung unbezahlter Praktika (Jugendkonferenz 2020, S. 14).

Die Anwendung der Kollektivverträge auf Berufspraktika, insbesondere im Gastronomiebereich, ist unerlässlich, um faire Arbeitsbedingungen und angemessene Vergütungen sicherzustellen. Darüber hinaus sollte der Staat berufsrelevante Volontariate fördern, beispielsweise durch die Bereitstellung eines Taschengelds (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Unbezahlte Praktika verbieten und Kollektivverträge anwenden (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Beschwerdestelle für PraktikantenInnen bei Problemen (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Staatliche Förderung berufsrelevanter Volontariate, beispielsweise durch die Bereitstellung eines Taschengelds (Jugendkonferenz 2024, S. 13).

Genügend Ferial- und Praktikumsstellen und ausreichend Information darüber (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Ehrenamt

Allgemein

Finanzielle Kompensation für ehrenamtliche Tätigkeiten, Akzeptanz von Schule und Arbeitgeber*innen gesetzlich geregelt Empfehlung zum Handeln: Pionier*innen in den Vordergrund rücken; Bewusstsein schaffen für ehrenamtliche Arbeit (Jugendkonferenz 2024, S. 28).

Der Mensch im Fokus: Menschlichkeit im Berufsleben fördern; Ethik und Moral in Gesellschaft verankern; breiter gesellschaftlicher Diskurs und Sensibilisierung, was „Arbeit“ und „Gerechtigkeit“ ist und bzgl. unterschiedlicher Wertschätzung verschiedener beruflicher Tätigkeiten (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Aufwertung des Ehrenamts, Anerkennung durch ECTS in den Zeugnissen (Jugendkonferenz 2023, S. 7).

Events für die Hervorhebung des Ehrenamts (Jugendkonferenz 2024, S. 28).

Fehlende Wertschätzung. Vorstellung von ehrenamtlichen Tätigkeiten in Jugendzentren, Schulen und anderen Ausbildungsstätten. Imagekampagne in Rundfunk, Presse und sozialen Medien zu Aufwertung (Jugendkonferenz 2024, S. 28).

Care-Arbeit

Allgemein

Gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen, um die Bedeutung unbezahlter Care-Arbeit stärker ins Bewusstsein zu rücken (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Bezahlte Care-Arbeit (nach skandinavischem Modell) (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Teilzeitbeschäftigte, die aufgrund von Care-Arbeit arbeiten, sollten denselben Pensionsanspruch wie Vollzeitbeschäftigte erhalten (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Eltern

Ein flächendeckender, ganzzähriger und kostenloser Ausbau der Kinderbetreuung ist unerlässlich (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Mehr flexiblen Arbeitsmöglichkeiten für Personen mit Kindern und Alleinerziehende (Jugenddialog 2021a, S. 11).

Gleiche Karenz- und Teilzeitmodelle für alle Eltern (Jugendkonferenz 2020, S. 16).

Zudem muss die Väterkarenz attraktiver gestaltet werden, um eine gerechtere Aufteilung der familiären Pflichten zu fördern (Jugendkonferenz 2024, S. 14).

Zukunft und Transformation

Junge Menschen

Gleichberechtigten Zugang zu guten Informationen und angemessene Unterstützungsangebote sicherstellen, um junge Menschen auf den Arbeitsmarkt im Wandel und die Zukunft der Arbeit vorzubereiten (European Youth Goals, S. 23).

Zukunftsorientierte Programme schaffen, um junge Menschen auf den zukünftigen Arbeitsmarkt und auf die Berufe der Zukunft vorzubereiten (Jugendkonferenz 2019, S. 14).

Mehr Unterstützung und zukunftsorientierte Programme zur Vorbereitung auf den Wandel am Arbeitsmarkt und die Berufe der Zukunft (Jugenddialog 2021a, S. 25).

Sicherheit und Zukunft im Berufsleben fördern: Arbeitsplatzsicherheit; Arbeitslosigkeit entgegenwirken; starke Vertretung und Beratung von Arbeitnehmerinnen; schlechten Anstellungsbedingungen junger Menschen entgegenwirken; Zukunftschancen sichern (Jugendkonferenz 2019, S. 13).

Sicherstellen, dass junge Menschen und Jugendorganisationen bei der Entwicklung, Einführung, Begleitung und Evaluierung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf allen Ebenen als gleichberechtigte PartnerInnen beteiligt werden (European Youth Goals, S. 23).

Cluster 3: Wohnen, Freizeit & Leben am Land

Die Forderungen junger Menschen zum Themenfeld Wohnen, Freizeit und Leben im ländlichen Raum zeigen deutlich, dass es ihnen um mehr geht als nur um leistbaren Wohnraum. Sie verbinden das Thema Wohnen eng mit Fragen der Infrastruktur, der kulturellen Teilhabe und der Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben. Lebensqualität am Land wird dabei als Zusammenspiel von Wohnen, Mobilität, Freizeit, Versorgung und sozialer Integration verstanden.

Ein zentrales Anliegen ist der **Zugang zu leistbarem Wohnraum**. Junge Menschen kritisieren, dass insbesondere im ländlichen Raum Mietwohnungen fehlen und steigende Grundstückspreise zur Abwanderung führen. Leistbares Wohnen wird explizit als Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben gesehen. Wohnungspolitik wird dadurch als wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Jugendpolitik verstanden.

Gleichzeitig betonen viele Forderungen das **Recht auf selbstbestimmtes und inklusives Wohnen**. Jugendliche mit Behinderungen sprechen sich gegen institutionalisierte Wohnformen aus und fordern Alternativen, die Selbstbestimmung ermöglichen. Barrierefreie Wohnungen, Mietverträge in leichter Sprache und individuelle Wohnlösungen sollen Diskriminierung abbauen und Inklusion fördern. Damit wird Wohnen nicht nur als ökonomisches, sondern auch als sozial- und menschenrechtliches Thema behandelt.

Eng damit verknüpft ist die Frage nach **Infrastruktur und Versorgung im ländlichen Raum**. Junge Menschen machen deutlich, dass Wohnen nur dann attraktiv ist, wenn es in ein funktionierendes Umfeld eingebettet ist. Dazu zählen eine gute öffentliche Verkehrsanbindung, Gesundheitsversorgung, digitale Erreichbarkeit, Kinderbetreuungseinrichtungen und Nahversorgung. Forderungen nach effizienter Regionalplanung, nachhaltigem Siedlungsbau und flächendeckender Netzabdeckung unterstreichen, dass Wohnen und Infrastruktur als untrennbare Einheit gedacht werden. Auch ökologische Aspekte wie umweltgerechte Mobilität, Bodenverbrauch oder nachhaltige Bauweisen werden angesprochen.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt liegt auf der **sozialen und kulturellen Teilhabe**. Freizeit, Kultur und Vereine werden von jungen Menschen nicht als Nebenthemen, sondern als integrale Bestandteile von Lebensqualität am Land verstanden. Freizeit wird als Raum sozialer Begegnung, kultureller Selbstverwirklichung und demokratischer Erfahrung begriffen. Junge Menschen fordern konsumfreie Treffpunkte, Jugendzentren, Begegnungsorte und mehr kulturelle Angebote, um Gemeinschaft, Diversität und Identität praktisch erleben zu können. Besonders im ländlichen Raum wünschen sie sich mehr Möglichkeiten, andere junge Menschen zu treffen, sich zu engagieren und Freizeit ohne finanzielle Hürden zu gestalten.

Im Mittelpunkt steht dabei auch die **Pflege regionaler Identität und kultureller Traditionen**. Junge Menschen möchten ihre Verbundenheit mit der Region stärken, Traditionen wertschätzen, aber zugleich zeitgemäß weiterentwickeln. Sie verstehen Kultur als etwas Lebendiges, das bewahrt, aber auch erneuert werden soll. Diese Haltung verweist auf ein modernes Verständnis regionaler Identität, das sowohl Verwurzelung als auch Offenheit für gesellschaftliche Veränderung umfasst.

Insgesamt machen die Forderungen deutlich, dass Wohnen, Leben und Teilhabe im ländlichen Raum für junge Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Sie fordern nicht nur leistbare Wohnungen, sondern faire Chancen, gute Infrastruktur, kulturelle Angebote und inklusive Räume, in denen Begegnung, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Beteiligung möglich sind. Politisch bedeutet das, dass Maßnahmen zur Förderung leistbaren Wohnraums mit Investitionen in Infrastruktur, Barrierefreiheit, Kulturförderung und Gemeinwesenentwicklung kombiniert werden müssen, um nachhaltige Lebensqualität am Land zu sichern.

Identifikation und Tradition in ländlichen Räumen

Junge Menschen

Die Bindung junger Menschen an den ländlichen Raum fördern, damit diese in Region bleiben bzw. damit junge Menschen nach Ausbildung anderenorts zurückkehren und ihr Wissen in die Region mitnehmen (Jugendkonferenz 2019, S. 9).

Wertschätzung der Lebensbedingungen junger Menschen im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2019, S. 9).

Verwurzelung junger Menschen mit ihrer Region fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 9).

Allgemein

Die Natur und den ländlichen Raum den Menschen näher bringen, damit Verständnis zu und Identifikation mit dem ländlichen Raum gefördert wird (Jugendkonferenz 2019, S. 9).

Traditionen wiederbeleben/wertschätzen (Jugendkonferenz 2019, S. 9).

Die Wahrung ländlicher Traditionen sicherstellen (European Youth Goals, S. 22).

Ein positives Bild des ländlichen Raums schaffen (European Youth Goals, S. 22).

Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit, Gleichstellung, Toleranz (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Veraltete Rollenbilder und Werte aufbrechen (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Bräuche „zeitgemäß“ weiterentwickeln (Jugendkonferenz 2020, S. 11).

Brauchtum fördern (Jugendkonferenz 2020, S. 11).

Wertschätzung des Brauchtums fördern (Jugendkonferenz 2020, S. 11).

Infrastruktur in ländlichen Räumen

Junge Menschen

Mehr jugendfreundliche Infrastruktur am Land (Jugenddialog 2022, S. 24).

Angemessene Infrastruktur in ländlichen Gebieten sicherstellen, um eine gerechte Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, Internetanbindung und Wohnmöglichkeiten für junge Menschen zu gewährleisten (European Youth Goals, S. 22).

Sicherstellen, dass alle, insbesondere junge Menschen, Zugang zu umweltgerechter Infrastruktur haben, um eine nachhaltigere Lebensweise praktizieren zu können (European Youth Goals, S. 26).

Jugendräume, also Räumlichkeiten und Infrastruktur bereitstellen, die auch von jungen Menschen in eigener Verantwortung geführt werden. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie unabhängig, offen und sicher sind, allen Zugang bieten, aber auch professionelle Unterstützung bei der eigenen Entwicklung sowie Möglichkeiten zur Jugendbeteiligung sicherstellen (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Guter Netzzugang und Hochgeschwindigkeits-Breitbandanschlüsse sind wichtig (Jugenddialog 2021a, S. 15).

Allgemein

Infrastruktur verbessern und ausbauen (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Der Wunsch nach einer verbesserten Infrastruktur sowie mehr Kulturangeboten, Freizeitaktivitäten, Freiräumen, Restaurants und Bars sowie Einkaufsmöglichkeiten wurde betont (Jugenddialog 2021a, S. 13).

Beratungsstellen [für rechtliche Prozesse beim Wohnen] werden aufgebaut, beworben und kofinanziert (Jugendkonferenz 2024, S. 25).

Mehr öffentliche Verkehrsmittel in hoher Frequenz und auch Nachts - insbesondere im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Flächendeckende Netzausstattung am Land sowie gratis WLAN ist den Teilnehmerinnen wichtig (Jugenddialog 2021a, S. 15).

Ärztinnen im ländlichen Raum sollten mehr gefördert werden (Jugenddialog 2021a, S. 13).

Kostenlose Sammeltaxis (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Effizientes und leistbares Car-Sharing-Modell (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Es fehlt an Ärztinnen, die bestehenden sind überlastet und der Zugang zu Krankenhäusern ist nicht ausreichend (Jugenddialog 2021a, S. 13).

Ortskerne wiederbeleben und attraktiver gestalten (Jugendkonferenz 2019, S. 10; Jugenddialog 2021a, S. 10).

Nahversorgung und ausreichend Einkaufsmöglichkeiten; keine Ortsauslagerung der Versorgung (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Mehr Orte des gemeinsamen Austausches zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Förderung von Möglichkeiten zur freien Entfaltung (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Effiziente Regionalplanung und effizienter, angepasster Siedlungsbau (Jugendkonferenz 2019, S. 10; Jugenddialog 2021a, S. 16).

Gesundheitsversorgung gewährleisten (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Bodenverbrauch und Bodenversiegelung sollen minimiert werden (Jugenddialog 2021a, S. 16; Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Kinderbetreuungsplätzen (Jugendkonferenz 2019, S. 10; Jugenddialog 2021a, S. 14).

Gute Internetanbindung (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Stärker in Regionen denken (Jugendkonferenz 2020, S. 19).

Wohnen

Allgemein

Enteignung von Spekulationsobjekten (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Rechtlicher Diskriminierungsschutz: rechtlich strafbar machen bzw. verbieten, dass man z.B. aufgrund von sexueller Orientierung eine Wohnung nicht vermietet bekommt (Jugendkonferenz 2024, S. 21).

Meldezettelpflicht entfällt bei Wohnungssuche (Jugendkonferenz 2024, S. 24).

Die Länder investieren in die Verbesserung der Wohnsituationen von Benachteiligten (z.B. günstiger und lebenswerter sozialer Wohnbau) (Jugendkonferenz 2024, S. 24).

Mietpreisdeckel (Jugendkonferenz 2024, S. 21).

Leerstandsabgabe (Jugendkonferenz 2024, S. 21).

Förderung von Genossenschaften & Eindämmung von spekulativen Immobilienmarkt (Jugendkonferenz 2024, S. 21).

Mietverträge in Leichter Sprache (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Menschen in ländlichen Räumen

Wohnen am Land soll leistbarer werden. Sind die Grundstückspreise zu hoch, muss auf Mietwohnungen zurückgegriffen werden diese sind auf dem Land aber Mangelware, was wiederum zu Abwanderung in größere Ballungsräume führt (Jugenddialog 2021a, S. 16).

Mehr geförderter Wohnbau (Jugenddialog 2021a, S. 16).

Leistbares Wohnen für die lokale Bevölkerung in Tourismusdestinationen muss möglich sein (Jugenddialog 2021a, S. 16).

Mehr Mietwohnungen im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Leerstehende Häuser vermeiden; durchdachte Neubauten (Jugendkonferenz 2019, S. 10; Jugenddialog 2021a, S. 16).

Menschen mit Behinderung

Förderungen, um teure barrierefreie Wohnungen bezahlbar zu machen (Jugendkonferenz 2024, S. 24).

Universelle landesweite Regelung für die Barrierefreiheit von Neubauten (Jugendkonferenz 2024, S. 22).

Mehr barrierearmen Wohnraum schaffen. Dazu gehört u.a. Mietverträge in leichter Sprache oder eigens geschaffene finanzielle Unterstützungen (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Wohnraum allgemein barrierefreier gestalten (Jugendkonferenz 2024, S. 22).

Verpflichtende Quoten für barrierefreie Wohneinheiten bei Neubauten/Sanierung (keine Freikauf-Option!) (Jugendkonferenz 2024, S. 22).

Zwang zur Institutionalisierung abschaffen (Denn das ist nicht Inklusion, sondern soziale Isolation) (Jugendkonferenz 2024, S. 23).

Institutionalisierung als wesentliche Barriere für Inklusion und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung stoppen (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Diversität der Bedürfnisse durch Förderung individueller Wohnlösungen fördern! (Jugendkonferenz 2024, S. 23)

Barrierearmen Wohnraum schaffen (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Ausbau barrierefreier Fortbewegungsmöglichkeiten, und einer besseren Infrastruktur (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Zugang zu Haltestellen sowie Informationen vor Ort barrierefrei (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Vereine und Freizeiträume

Junge Menschen in ländlichen Räumen

Mehr Möglichkeiten, wo sie andere junge Menschen treffen können - auch ohne Konsumzwang (Jugenddialog 2021a, S. 13).

Dezentral verschiedene Aktivitäten von, für und mit jungen Menschen stattfinden lassen, damit sie inklusiv sind und die Gemeinden vor Ort davon profitieren (European Youth Goals, S. 22).

Angebot vielfältiger Freizeitmöglichkeiten und Freizeiträume sowie Informationen darüber (Jugendkonferenz 2019, S. 12).

Allgemein

Unterstützung von Vereinen im Angebot das sich speziell an Mädchen richtet (Jugendkonferenz 2024, S. 6).

Online Plattform: Bundesweite, frei zugängliche Online-Plattform für Vereine/Organisationen o.ä. zum besseren Verbreiten von Veranstaltungen und Aktivitäten - regional/thematisch filterbar (Jugendkonferenz 2024, S. 27).

Förderung von Vereinen (Jugendkonferenz 2019, S. 11; Jugenddialog 2021a, S. 17).

Sportanlagen, Parks, Spielplätze, öffentliche Gärten modernisieren (Jugendkonferenz 2024, S. 27).

Mehr öffentliche Grünflächen (Jugenddialog 2022, S. 24).

Beim bestehenden Freizeitangebot Mehrsprachigkeit einfordern (regional auf unterschiedlichen Bedarf eingehen) und sprachliche Unterstützung anbieten (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Equipment gratis anbieten/verleihen, Kulturstätten für Jugendliche öffnen, Niederschwelliger Zugang ohne Teilnahmegebühr, Ohne Mitglied zu sein, ohne Vorkenntnisse (Jugendkonferenz 2024, S. 27).

Cluster 4: Inklusion & Barrierefreiheit

Die Forderungen im Themenfeld Inklusion und Barrierefreiheit zeichnen ein konsistentes Bild davon, wie junge Menschen strukturelle, kommunikative und gesellschaftliche Barrieren wahrnehmen und welche Veränderungen sie als notwendig erachten, um volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um den Abbau physischer Hürden, sondern um ein umfassendes Verständnis von Inklusion, das Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit, politische Beteiligung und Informationszugang gleichermaßen einschließt.

Zentral ist das Anliegen nach **struktureller Barrierefreiheit**. Wiederkehrend wird die Forderung nach einem barrierefreien Zugang zu Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Wohnraum und politischer Information formuliert. Dies betrifft sowohl bauliche als auch kommunikative Barrieren. Besonders betont wird die Notwendigkeit, Informationen in leichter Sprache, in mehreren Sprachen und über unterschiedliche Kanäle bereitzustellen. Hier wird Inklusion als Voraussetzung für gleichberechtigte Partizipation verstanden – wer Informationen nicht versteht oder Zugänge nicht nutzen kann, bleibt ausgeschlossen.

Ein zweiter Schwerpunkt betrifft die **individuelle Unterstützung im Alltag**. Die Forderungen nach persönlicher Assistenz, Pflegeassistenz und Unterstützung bei Veranstaltungen zeigen, dass junge Menschen Selbstbestimmung nur dann realisierbar sehen, wenn ausreichende Ressourcen für individuelle Assistenzsysteme vorhanden sind. Diese Perspektive verdeutlicht ein Verständnis von Behinderung, das an sozialpolitische und strukturelle Bedingungen geknüpft ist, anstatt individuelle Defizite in den Vordergrund zu stellen.

Darüber hinaus fordern Jugendliche eine **gesellschaftliche Sensibilisierung**. Mehrfach wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vorurteile abzubauen und Vielfalt aktiv in Unterricht und Ausbildung zu integrieren. Vorschläge wie die verpflichtende Behandlung von Diskriminierung im Unterricht oder die Einführung von Gebärdensprache-Basics für alle Schüler*innen zeigen, dass Inklusion hier nicht als Spezialthema, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Bildungseinrichtungen werden dabei als zentrale Orte der Bewusstseinsbildung identifiziert.

Schließlich steht die **Partizipation von Menschen mit Behinderung** im Fokus. Forderungen nach Jugendbeiräten mit inklusiver Zusammensetzung verdeutlichen, dass Betroffene nicht nur Zielgruppe, sondern aktive Akteur*innen gesellschaftlicher Prozesse sein wollen. Diese Form der politischen Teilhabe wird als notwendige Ergänzung zu struktureller Barrierefreiheit verstanden – sie schafft Räume, in denen nicht über, sondern gemeinsam mit jungen Menschen mit Behinderung entschieden wird.

Insgesamt reflektieren die Forderungen ein Verständnis von Inklusion, das über die reine Barrierefreiheit hinausgeht. Es verbindet physische Zugänglichkeit mit sozialer Anerkennung, politischer Teilhabe und kultureller Sichtbarkeit. Der

Schwerpunkt liegt nicht auf Defizitausgleich, sondern auf der Herstellung gleichwertiger Rahmenbedingungen, die allen jungen Menschen ein autonomes und aktives Leben ermöglichen. Verbandliche Arbeit bzw. ehrenamtliche Arbeit soll viel diverser werden.

Chancengleichheit

Junge Menschen

Sicherstellen, dass alle jungen Menschen, unabhängig von ihren sozialen Voraussetzungen, gleichberechtigten Zugang zu alltäglichen Entscheidungsprozessen haben (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Finanzielle Unterstützung für benachteiligte Jugendliche (Jugendkonferenz 2020, S. 15).

Dafür sorgen, dass gesellschaftlich benachteiligte junge Menschen besser darüber informiert werden, welche Räume, Chancen und Erfahrungsmöglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen (European Youth Goals, S. 19).

Freier Zugang für ALLE: Handbuch/Audit für Vereine zur Schulung und Bewusstseinsbildung. Dort wird untersucht auf: Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Queerfreundlichkeit; wird nach Punktesystem bewertet - je mehr Punkte, desto mehr Förderung (Jugendkonferenz 2024, S. 28).

Sicherstellen, dass gesellschaftlich benachteiligte junge Menschen gleichberechtigten Zugang zu formalen und non-formalen Lernumgebungen haben, um alle Dimensionen von gesellschaftlicher Teilhabe abzudecken (European Youth Goals, S. 19).

Sicherstellen, dass gesellschaftlich benachteiligte junge Menschen an allen Entscheidungsprozessen teilhaben und entscheidende AkteurInnen sind. Dies gilt insbesondere, wenn es um ihre eigenen Rechte, ihr Wohlergehen und ihre Interessen geht (European Youth Goals, S. 19).

Zielgruppenspezifische Plattformen nutzen um alle jungen Menschen zu erreichen (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Junge Menschen als Expert*innen ihrer Lebenswelt wahrnehmen (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut einführen (Jugendkonferenz 2024, S. 24).

Alle jungen Menschen sollten dieselben Möglichkeiten haben, ungeachtet aus welchen sozialen und finanziellen Situationen sie kommen (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Junge Menschen frühzeitig auf Altersvorsorge aufmerksam machen (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Gezielt gesellschaftlich benachteiligte junge Menschen ansprechen und sie dabei unterstützen, in Jugendorganisationen, Jugendgruppen, Jugendzentren und europäischen Jugendprogrammen aktiv zu werden (European Youth Goals, S. 27).

Allgemein

Diskriminierung bekämpfen und gleiche Rechte für alle Geschlechter in Bezug auf kulturelle, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe sicherstellen (European Youth Goals, S. 18).

Monitoringausschuss in allen Bundesländern, welcher konsequent die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention (BRK) kontrolliert: Ein Muss dabei: die Ausschüsse müssen möglichst divers in Alter und Behinderungen sein (Jugendkonferenz 2024, S. 22).

Abbau von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung (Inklusionsbeirat BJV 2023, S. 2)

Unterschiedliche Kanäle nutzen um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Konsumfreie Mehrzweckräume/Co-Working Spaces: Z.B. Diskussionsräume, Vereinstreffen, Musikproben, für Workshops (Jugendkonferenz 2024, S. 27).

Umsetzung aller Menschenrechte, damit beispielsweise eine faire Bezahlung für alle möglich ist (Inklusionsbeirat BJV 2023, S. 2).

Geschlechtsbezogene Gewalt beenden, indem das Problem benannt und in allen seinen Formen wirkungsvoll bekämpft wird (European Youth Goals, S. 18).

Rechtlichen Schutz bieten und mithilfe internationaler Rechtsinstrumente alle Arten von Diskriminierung und Hetze bekämpfen, da junge Menschen Opfer vielfältiger Arten von Diskriminierung sind (European Youth Goals, S. 19).

Inklusion & Toleranz

Junge Menschen

Anerkennen, dass alle Themen junge Menschen berühren können, nicht nur jene, die auf den ersten Blick als "jugendrelevant" wahrgenommen werden (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Anlaufstellen für junge Menschen, die am Arbeitsplatz diskriminiert oder ungleich behandelt werden (zB JugendvertrauensrätInnen). Es sollte mehr Aufklärungsarbeit diesbezüglich geben (Jugenddialog 2021a, S. 22).

Bewusstsein für Diskriminierung schaffen: Anlaufstellen etablieren und gesetzlich absichern (z.B. JugendvertrauensrätInnen); kontextbezogene Aufklärungsarbeit, schon früh mit Aufklärung und Entgegenwirken beginnen (Jugendkonferenz 2019, S. 15).

Internationaler und interkultureller Austausch (Jugendkonferenz 2019, S. 17).

Allgemein

Den Dialog zwischen den Generationen auf allen Ebenen fördern und niederschwellige Räume dafür schaffen (z. B. durch generationenübergreifende soziale Einrichtungen, Generationentreffs oder Zukunftsdialoge) (Jugendkonferenz 2025, S. 11).

Mehr Räume, Chancen, Mittel und Programme bereitstellen, die den Dialog und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sowie Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen (European Youth Goals, S. 19).

Offenes Denken fördern und die Entwicklung von zwischenmenschlichen und interkulturellen Fähigkeiten unterstützen (European Youth Goals, S. 24).

Stereotype Geschlechterrollenbilder beseitigen und für die Akzeptanz vielfältiger Geschlechteridentitäten im Bildungssystem, im Familienleben, am Arbeitsplatz und in anderen Lebensbereichen sorgen (European Youth Goals, S. 18).

Besserer Schutz vor Rassismus und Diskriminierung (Jugendkonferenz 2025, S. 8).

Menschen mit Migrationshintergrund

Absicherung und Einhaltung der Menschenrechte in einem gemeinsamen Asylsystem (Jugendkonferenz 2025, S. 8).

Barrierefreiheit

Allgemein

Durch einfache Sprache bei Behörden und in Medien oder Bildungsprogrammen soll ein barrierefreier und niederschwelliger Zugang zu Informationen für alle ermöglicht werden (Jugendkonferenz 2025, S. 11).

Barrierefreie Informationen auch in einfacher und leichter Sprache (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Barrierefreiheit muss endlich Realität werden (Jugendkonferenz 2025, S. 8).

Behörden sind barrierefrei (Jugendkonferenz 2024, S. 25).

Einfache Sprache wird im Vertragswesen etabliert (Jugendkonferenz 2024, S. 25).

Gebärdensprache Basics für alle! (Jugendkonferenz 2024, S. 4)

Menschen mit Behinderung

Ausbau von Assistenzangeboten (Pflegeassistenz, Persönliche Assistenz) im Bereich der Freizeit. Zudem fehlen Informationen, welche inklusiven Freizeitangebote in Österreich vorliegen (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Persönliche Assistenzkräfte für junge Menschen mit Behinderung (Jugendkonferenz 2023, S. 9).

Unterstützung für tägliche Aufgaben (Inklusionsbeirat BJV 2023, S. 2).

Bedürfnisgerechte Unterstützung im Alltag ist wichtig, damit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überhaupt erst möglich wird (Inklusionsbeirat BJV 2023, S. 2).

Auch junge Menschen mit Behinderungen müssen als Expert*innen für ihre Lebenswelt wahrgenommen werden und mit ihnen statt nur für sie gesprochen werden (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Mehr gesellschaftliche & politische Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderung (Jugenddialog 2022, S. 22).

Klare Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Forderung, den Versäumnissen der letzten Jahre klare Maßnahmen entgegenzustellen (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 1).

Ausbau barrierefreier Fortbewegungsmöglichkeiten, und einer besseren Infrastruktur (Inklusionsbeirat BJV 2024b, S. 2).

Zugang zu Haltestellen sowie Informationen vor Ort barrierefrei (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Cluster 5: Physische und psychische Gesundheit

Die Forderungen zur physischen und psychischen Gesundheit zeigen, dass junge Menschen Gesundheit als umfassendes Zusammenspiel aus körperlichem, mentalem und sozialem Wohlbefinden verstehen. Sie fordern nicht nur einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen, sondern auch eine stärkere Prävention, Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und strukturelle Reformen im Bildungssystem. Gesundheit wird hier nicht als individuelles, sondern als gesellschaftliches Gut betrachtet, dessen Förderung institutionell abgesichert sein muss.

Ein zentrales Anliegen ist die **Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen**. Jugendliche betonen, dass psychische Probleme ernst genommen und offen besprochen werden müssen. Sie kritisieren, dass psychische Gesundheit noch immer mit Tabus und Vorurteilen belegt ist – insbesondere in Schule und Arbeitswelt. Gefordert werden eine stärkere gesellschaftliche Sichtbarkeit des Themas und die Vermittlung von Akzeptanz gegenüber psychischen Belastungen. Diese Haltung spiegelt ein wachsendes Bewusstsein wider, dass psychische Gesundheit ebenso relevant ist wie körperliche und dass Scham oder Angst vor sozialer Ausgrenzung den Zugang zu Hilfeleistungen massiv behindern können.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf **präventiven Strukturen und Gesundheitsbildung**. Jugendliche fordern die Einführung eines Schulfachs zur Gesundheitsvorsorge, das Bewegung, Ernährung und mentale Gesundheit gleichermaßen umfasst. Auch regelmäßige verpflichtende Gespräche mit Schulpsycholog*innen sowie jährliche psychotherapeutische Vorsorgegespräche für alle Kinder und Jugendlichen werden vorgeschlagen. Damit rücken sie die Schule als zentralen Ort der Gesundheitsprävention in den Vordergrund – ein Ort, an dem Gesundheitskompetenzen vermittelt und Unterstützungsangebote niedrigschwellig erreichbar sein sollen.

Von besonderer Bedeutung ist die Forderung nach **niederschwelliger psychosozialer Unterstützung**. Jugendliche beklagen lange Wartezeiten auf Therapieplätze und den Mangel an kostenlosen, wohnortnahen Angeboten. Sie fordern flächendeckende Strukturen wie Schulsozialarbeit und Zentren für Information und Partizipation (ZIP), die einen anonymen, unbürokratischen Zugang zu Unterstützung ermöglichen. Dieses Anliegen ist Ausdruck eines sozialpolitischen Verständnisses von Gesundheit: Prävention und Betreuung müssen für alle verfügbar sein – unabhängig von Einkommen, Wohnort oder sozialem Status.

Darüber hinaus wird **Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe** verstanden. Mehr Bewegung im Schulalltag, gesunde Ernährung und der Abbau von Leistungsdruck sollen zum psychischen Gleichgewicht beitragen. Auch Eltern werden als zentrale Partner*innen in der Prävention gesehen; sie sollen stärker in Informations- und Sensibilisierungsprozesse eingebunden werden.

Insgesamt verdeutlichen die Forderungen, dass junge Menschen psychische Gesundheit nicht als individuelles Problem, sondern als systemisches Thema betrachten. Sie plädieren für einen strukturellen Wandel, in dem Prävention, Aufklärung und niedrigschwellige Unterstützung institutionell verankert sind. Der geforderte Perspektivwechsel – weg von der Krisenintervention hin zur dauerhaften Förderung psychischen Wohlbefindens – zeigt ein hohes Maß an gesundheitspolitischem Bewusstsein und sozialen Gestaltungsanspruch.

Physische Gesundheit

Junge Menschen

Mehr Bewegung im Schulalltag, insbesondere durch einen erweiterten Sportunterricht (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Bewegte Pause & gesunde Jause einführen (Jugendkonferenz 2024, S. 16).

Fleischlose und umweltfreundliche Essensangebote in Kantinen, Schulen und Kindergärten (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Bildungseinrichtungen herstellen (Jugendkonferenz 2024, S. 16)

Aufklärungsunterricht: höhere Priorität im Curriculum (Jugendkonferenz 2024, S. 17).

Kostenlose Verhütungsmittel und Menstruationsprodukte erhältlich in allen öffentlichen Einrichtungen & offenen/außerschulischen Jugendarbeitseinrichtungen (Jugendkonferenz 2024, S. 17).

Kostenlose Workshops zu sexueller Gesundheit und Sexualität einführen 1x im Halbjahr. Ab Kindergarten (altersgerecht, Awareness, Missbrauchsprävention) (Jugendkonferenz 2024, S. 17).

Schulfach zu Gesundheitsvorsorge einführen (Jugendkonferenz 2024, S. 16).

Lehrpersonen

Mehr Kurse & Weiterbildungen für Lehrpersonen im Bereich Sexualität und Aufklärung, alle 2-3 Jahre. Verpflichtend für Biologie-Lehrpersonen (Jugendkonferenz 2024, S. 20).

Psychische Gesundheit

Junge Menschen

Flächendeckende Einrichtung von Zentren für Information & Partizipation (ZIP) und Stellen für Sozialarbeiter:innen an allen Schulen in Österreich, um niederschwellige psycho-soziale Unterstützung für alle Jugendlichen sicherzustellen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Niederschwellige, kostenfreie Freizeitangebote inner- und außerhalb der Schule zur Förderung sozialer Teilhabe und zur Vorbeugung von Einsamkeit (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20)

Einführung eines eigenen Schulfaches zum Thema Psychische Gesundheit sowie vertiefender Workshops zur Aufklärung im Rahmen der Unterrichtszeit (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Peer-Ausbildungen (junge Menschen unter 30 erhalten Ausbildungen als Berater*innen für Gleichaltrige bei psychischen Problemen) in allen Bundesländern (Jugendkonferenz 2024, S. 19).

Flächendeckende, langfristig finanzierte, kostenfreie und niederschwellige psycho-soziale Anlaufstellen – auch in kleineren Gemeinden (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 22).

Begleitstrukturen bei der Hilfesuche, z. B. in Form von psychologischen Erstkontakten, Peer-Begleitung oder psychosozialen Lots:innen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 22).

Einführung eines "verpflichtenden Schulpsychologinnengesprächs" - wie die Schülerinnen auch jedes Semester verpflichtend zu Schulärzt*innen müssen (Jugendkonferenz 2024, S. 8).

Schulpsycholog:innen sowie multiprofessionelle Unterstützungsteams in adäquater Relation zur Schüler:innenzahl an allen Schulen und – wenn gewünscht – ohne Einbindung der Eltern (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 22).

Das Recht auf Arbeit und Lernen für Menschen mit psychischen Krankheiten während und nach ihrer Erkrankung schützen, um sicherzustellen, dass sie weiterhin ihre Ziele verfolgen können (European Youth Goals, S. 21).

Vom Staat geförderte dauerhafte Therapieplätze ohne lange Wartelisten (Jugendkonferenz 2024, S. 19).

Therapiestunden finanzieren (vom Staat, nicht vom ÖGK-Kontingent weggenommen) ähnlich "Gesund aus der Krise" (Jugendkonferenz 2024, S. 19).

Niederschwellige Anlaufstellen und Vertrauenspersonen auch in professionellen Kontexten – etwa in der Lehre oder an Universitäten, um psychische Belastungen frühzeitig offen ansprechen zu können (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Inklusive, respektvolle und gut finanzierte Behandlungsmöglichkeiten durch eine integrierte, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für psychische Erkrankungen in allen medizinischen Einrichtungen bereitstellen (European Youth Goals, S. 21).

Den Schwerpunkt auf vorbeugende Maßnahmen setzen, die sicherstellen, dass junge Menschen das Wissen und die Fähigkeiten erwerben, die sie für ein besseres psychisches Wohlbefinden brauchen (European Youth Goals, S. 21).

Programme entwickeln, die die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen bekämpfen und ein Bewusstsein dafür schaffen (European Youth Goals, S. 21).

Altersgerechte Thematisierung von psychischer Gesundheit bereits im Kindergartenalter (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Digitale Plattform, auf der wissenschaftlich geprüfte Gesundheitsinformationen bereitgestellt werden (z. B. eine „1450“-Plattform für mentale Gesundheit) (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 26).

Eine staatlich geförderte Mental-Health-Plattform mit einfacher Navigation, anonymen Beratungsangeboten, Peer-Unterstützung und Anmeldung zu Therapieplätzen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Jährliche psychotherapeutische Vorsorgegespräche für alle Kinder und Jugendlichen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Institutionalisierung von Beratungsangeboten in Betrieben, insbesondere für junge Beschäftigte (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Gezielte Informationsweitergabe über bestehende Hilfsangebote durch öffentliche Stellen und Träger:innen, um junge Zielgruppen gut zu erreichen (z. B. Instagram, TikTok-Kampagnen mit Expert:innen und Peers) (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 22).

Lehrpersonen

Bessere Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich Psychischer Gesundheit (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Mehr Verständnis und Offenheit für jugendliche Lebensrealitäten seitens Lehrpersonen, Eltern und Entscheidungsträger:innen zur psychischen Gesundheit im Arbeitsumfeld (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Platz im Curriculum schaffen für Themen rund um psychische Gesundheit (Jugendkonferenz 2024, S. 18).

Fortbildung rund um psychische Gesundheit. Lehrpersonen sind auf psychische Ausnahmensituationen (zB Panikattacken) vorbereitet (Jugendkonferenz 2024, S. 18).

Qualitativ hochwertiges „Erste-Hilfe-Training für psychische Erkrankungen“ anbieten für alle, die beruflich mit jungen Menschen zu tun haben, aber auch für Familien und FreundInnen (European Youth Goals, S. 21).

Eltern

Einbindung und Aufklärung der Eltern, etwa durch Informationsabende oder durch niederschwellige Gesprächsformate im Schulalltag, z. B. regelmäßig veranstaltete „KEL“-Gespräche (Kind-Eltern-Lehrer:innen), in denen auch mentale Belastungen offen angesprochen werden dürfen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 20).

Männer

Sensibilisierungsangebote/Workshops zu Geschlechterrollen und Emotionen, mit Fokus auf Burschen und junge Männer (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Mehr Sichtbarkeit männlicher Emotionen und eine stärkere Vorbildwirkung in Bezug auf Fürsorglichkeit und Empathie durch männliche Bezugspersonen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 18).

Infokampagne in ganz Österreich für Männer (14-99) in TV, Radio, Social Media, Plakate, Schulen, Seniorenheime, öffentliche Gebäude [zur Akzeptanz psychologischer Angebote] (Jugendkonferenz 2024, S. 18).

Politische Entscheidungsträger*innen

Psychische Gesundheit & Prävention auf Bundesebene regeln (Jugendkonferenz 2024, S. 19).

Eine parteiübergreifende Mental Health Task Force auf Bundesebene, die wirksame Maßnahmen für die psychische Gesundheit für Kinder und Jugendliche entwickelt und koordiniert (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 22).

Inklusiven, sektorübergreifenden Ansatz im Umgang mit der Gesundheitsversorgung bei psychischen Erkrankungen entwickeln, insbesondere für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen (European Youth Goals, S. 21).

6: Klimakrise & Nachhaltigkeit

Die Forderungen zum Themenbereich Klimakrise und Nachhaltigkeit verdeutlichen, dass junge Menschen ökologische Fragen als integralen Bestandteil sozialer Gerechtigkeit verstehen. Umweltpolitik wird in den vorliegenden Dokumenten nicht als isoliertes Handlungsfeld behandelt, sondern eng mit Mobilität, Konsum, Infrastruktur und globaler Verantwortung verknüpft. Damit verbinden die Jugendlichen ökologische mit ökonomischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen – eine Haltung, die auf ein erweitertes Verständnis von Nachhaltigkeit hinweist, dass sowohl Umwelt- als auch Lebensqualitätsperspektiven umfasst.

Ein zentraler Themenkomplex betrifft den **nachhaltigen Konsum und die Produktion**. Hier fordern Jugendliche die Beendigung von Subventionen für umweltschädliche Praktiken und eine internationale Zusammenarbeit zur Regulierung ökologisch problematischer Produktionsweisen. Sie betonen die Verantwortung von Politik und Wirtschaft, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die nachhaltiges Verhalten ermöglichen, anstatt ökologische Verantwortung ausschließlich auf individuelles Konsumverhalten zu verlagern. Ergänzend werden Maßnahmen wie das „Recht auf Reparatur“ oder die Förderung regionaler und saisonaler Produkte genannt – konkrete Forderungen, die auf eine Reduktion von Ressourcenverschwendung und eine Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe zielen.

Von großer Bedeutung ist zudem der Bereich **Mobilität und Infrastruktur**. Junge Menschen fordern einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere im ländlichen Raum, und bessere Anbindungen, um Abhängigkeiten vom Auto zu reduzieren. Auch die Idee einer europaweiten Zug-App und die Einrichtung sicherer Radwege unterstreichen, dass Mobilität für sie ein zentrales Element von Klimagerechtigkeit ist. Diese Forderungen zeigen, dass ökologische Nachhaltigkeit nicht nur als Frage des Umweltschutzes, sondern auch der sozialen Teilhabe verstanden wird: Wer auf dem Land lebt oder über geringes Einkommen verfügt, soll dennoch umweltfreundlich mobil sein können.

Darüber hinaus zeigt sich eine starke Orientierung an **verbindlichen politischen Strukturen und Regulierung**. Die Forderung, allen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, aktiv zum Klimaschutz beizutragen, impliziert den Wunsch nach staatlichen Rahmenbedingungen, die Engagement unterstützen und ökologische Standards sichern. Junge Menschen sehen den Staat in der Verantwortung, nicht nur Appelle zu formulieren, sondern konkrete rechtliche und wirtschaftliche Mechanismen zur Umsetzung nachhaltiger Politik zu schaffen.

Im Themenfeld **Umwelt- und Naturschutz** treten normative Positionen hervor: Der Erhalt von Biodiversität, die Bewahrung einer intakten Umwelt und die Forderung, den Klimawandel zu stoppen, sind Ausdruck eines Wertebezugs, der ökologische Stabilität als grundlegendes öffentliches Gut betrachtet. Diese Aussagen deuten auf eine moralische Dimension des Umweltbewusstseins hin, die Generationengerechtigkeit und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen einschließt.

Insgesamt zeichnen die Forderungen ein konsistentes Bild einer generationensensiblen Umweltpolitik. Junge Menschen verbinden ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit, Inklusion und Mobilität. Sie fordern politische Steuerung statt freiwilliger Selbstregulierung und verstehen Nachhaltigkeit als eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft – von Konsum und Verkehr bis zu Bildung und internationaler Kooperation.

Klimaschutz

Junge Menschen

Intersektionalität bei Bildung über die Klimakatastrophe mitdenken- und behandeln (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Altersgerechte Vermittlung des Themas bereits ab dem Kindergarten (Jugenddialog 2022, S. 18).

Umwelt- und Klimaprojekte bereits in der Elementarpädagogik umsetzen (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Stärkere Verankerung von [Klimawandel & Nachhaltigkeit] im Curriculum (Jugenddialog 2022, S. 18).

Niederschwellige, verlässliche und inklusive Informationsquellen für junge Menschen zu Klimakrise und Nachhaltigkeitsthematiken (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Möglichkeiten für junge Menschen zum Engagement im Umweltbereich fördern und stärken (European Youth Goals, S. 26).

Allgemein

Klima aus ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Perspektive behandeln (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Anliegen junger Menschen (in Bezug auf die Klimakrise) nicht als "lieb" und "naiv" darstellen, sondern ernst nehmen und anerkennen, dass diese wissenschaftlich- und faktenbasiert sind (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Klimawandel stoppen (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Die gesamte Gesellschaft befähigen, insbesondere aber junge Menschen, aktiv für einen Wandel hin zu einer umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung zu wirken (European Youth Goals, S. 26).

Forschung zu und Entwicklung von umweltfreundlichen Lösungen und Technologien ausweiten (European Youth Goals, S. 26).

Bewahrung einer intakten Umwelt (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Mehr Räume und Möglichkeiten für Austausch von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen (zum Thema Klimawandel) schaffen (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Politische Entscheidungsträger*innen

Klimaschutz in Verfassungsrang heben (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Lebensmittel und Landwirtschaft

Allgemein

Schaffung von Infrastruktur für die Verwendung überschüssiger Lebensmittel (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung (Jugenddialog 2022, S. 25).

Förderung regionaler und saisonaler Produkte (Jugenddialog 2022, S. 25).

Förderung von lokaler Lebensmittelproduktion & Verkauf (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Verpflichtende Herkunftsbezeichnung für alle Lebensmittel (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Umgang mit Pestiziden und Düngemitteln in der Landwirtschaft muss sorgsamer sein (Jugenddialog 2021a, S. 18).

Umverteilung von (EU-) Fördermitteln zu nachhaltiger und regionaler Landwirtschaft (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Förderung einer umweltfreundlichen und kleinstrukturierten Landwirtschaft durch höhere Förderungen (Jugenddialog 2021a, S. 18).

Verbot für die Entsorgung genießbarer Lebensmittel (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Nachhaltigkeit

Allgemein

Toolsharing Initiativen. Flächendeckende Angebote zum Verleih und Austausch von Werkzeugen und Geräten (Jugenddialog 2022, S. 25; Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Sicherstellen, dass alle, auch junge Menschen, verstehen, welche Auswirkungen ihr Handeln auf die Umwelt hat (European Youth Goals, S. 26).

Nutzung nachhaltiger Ressourcen (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Vorbildwirkung durch nachhaltigen Schulbetrieb (Jugendkonferenz 2022, S. 11).

Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Berufsleben fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 13).

Höhere ökologische und soziale Qualitätsstandards bei der Kleidungsproduktion (auch bei Importen) (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Höhere Besteuerung auf Fast Fashion (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Förderung von Second Hand (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Recht auf Reparatur (Jugenddialog 2022, S. 25; Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Erhöhung der Lebensdauer von Produkten durch Verpflichtung zur Reparierbarkeit (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Mehr Begrünung und mehr Mistkübel, um Verschmutzungen zu vermeiden (Jugenddialog 2021a, S. 18).

Die internationale Zusammenarbeit verstärken, um umweltschädigende Produktion und umweltschädigenden Verbrauch zu beseitigen (European Youth Goals, S. 26).

Bei jeder politischen Maßnahme und Lebensentscheidung berücksichtigen, welche Auswirkungen sie auf die Umwelt haben, und dabei sicherstellen, dass junge Menschen auf allen Ebenen in die Entscheidungen über eine nachhaltige Umweltpolitik einbezogen werden (European Youth Goals, S. 26).

Rahmenbedingungen, in denen nur möglichst sozial und ökologisch nachhaltige Produkte/Entscheidungen möglich sind (Jugenddialog 2022, S. 20).

Produkte sollen sozial und ökologisch nachhaltig sein (Lieferkettengesetz) (Jugenddialog 2022, S. 25).

Höhere Subventionierung von sozial und ökologisch nachhaltig produzierten Produkten (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Transparente und unabhängig geprüfte Nachhaltigkeitskennzeichnung (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Preis- und Nachhaltigkeitstransparenz (Jugendkonferenz 2022, S. 17).

Erhalt von Biodiversität (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Mobilität

Junge Menschen

Leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Allgemein

Günstige oder kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für alle (jungen) Menschen (Jugenddialog 2022, S. 24; Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Bessere Radinfrastruktur: Sichere, durchgehende und direkte Radwege in Städten und im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Mehr Radwege am Land & in der Stadt (Jugenddialog 2022, S. 24).

Verbot von Flugreisen im österreichischen Inland (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel für junge Menschen (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Leistbares EU-weites Klimaticket (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Ausbau des Zugnetzes in ganz Europa (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im Ortsgebiet (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Autofreie Innenstädte Weniger Parkflächen in Städten und mehr Park&Ride Möglichkeiten an Stadträndern (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Angebote für Sharing von (Elektro-)Autos und Lastenfahrrädern (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

EU-weite Mobilitäts-App auf der alle nachhaltigen Reisewege ersichtlich und planbar sind (z.B. Zug & Fahrrad) (Jugendkonferenz 2022, S. 16).

Flächendeckende Busverbindungen im 15-min Takt (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Verbesserung und Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes (regional, national und international) zu leistbaren Preisen in regelmäßigen Intervallen zu jeder Tageszeit (Jugendkonferenz 2019, S. 10).

Ausbau zur E-Mobilität und Car-Sharing, um die negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs einzudämmen (Jugenddialog 2021a, S. 18).

Politische Entscheidungsträger*innen

Höhere CO₂ Bepreisung aber nur mit gleichzeitigem Ausbau von Öffinetz (Jugenddialog 2022, S. 24).

Cluster 7: Demokratie, EU & Beteiligung

Die Forderungen zum Themenfeld Demokratie, Europäische Union und politische Beteiligung zeigen, dass junge Menschen ein tiefes Bewusstsein für demokratische Prozesse, Mitbestimmung und Transparenz entwickelt haben. Sie artikulieren den Anspruch, nicht nur Adressat*innen politischer Entscheidungen zu sein, sondern selbst aktiv an deren Gestaltung mitzuwirken. Dabei reicht das Spektrum von institutionellen Reformvorschlägen bis hin zu pädagogischen und kulturellen Ansätzen, die demokratische Kompetenzen langfristig stärken sollen.

Im Zentrum steht das Anliegen der **institutionalisierten Jugendbeteiligung**. Die Forderung nach verpflichtenden Jugendbeiräten auf Gemeinde- und Bezirksebene sowie nach Quoten für junge Menschen in politischen Gremien spiegelt den Wunsch wider, Beteiligung dauerhaft in politischen Strukturen zu verankern. Junge Menschen fordern, dass ihre Anliegen nicht nur im Rahmen von Projekten oder Dialogformaten berücksichtigt, sondern systematisch in Entscheidungsprozesse integriert werden. Damit artikulieren sie ein Verständnis von Demokratie, das Beteiligung als Recht begreift.

Ein zweiter thematischer Schwerpunkt betrifft die **politische Repräsentation und Ressourcengleichheit**. Neben institutioneller Präsenz fordern Jugendliche auch die Bereitstellung von Ressourcen, um politische Teilhabe tatsächlich ausüben zu können. Der Ruf nach einer Quote für junge Menschen im Europäischen Parlament, im Nationalrat und in Landtagen zeigt, dass Repräsentationsdefizite nicht nur wahrgenommen, sondern strukturell adressiert werden sollen. Die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung für Jugendvertretungen und die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit – etwa durch ECTS-Punkte oder offizielle Zertifikate – verweist auf den Anspruch, Engagement als gesellschaftlich wertvolle Leistung sichtbar und honorierbar zu machen.

Darüber hinaus unterstreichen die Jugendlichen die Bedeutung einer **systematischen Demokratiebildung**. Politische Bildung soll nicht nur in der Oberstufe, sondern ab dem Kindergarten und in allen Bildungsinstitutionen fest verankert werden. Demokratie wird hier als erlernbares und erfahrbares Prinzip verstanden, das sich nur durch frühzeitige Partizipation und gelebte Auseinandersetzung mit politischen Fragen festigen lässt. Besonders die Verknüpfung mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen (z. B. Klimaengagement im Zeugnis) zeigt, dass junge Menschen demokratisches Handeln als Querschnittskompetenz begreifen.

Ein weiterer Bereich betrifft **Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Prozesse**. Junge Menschen wünschen sich ein institutionelles „Follow-up“, bei dem klar kommuniziert wird, welche ihrer Vorschläge umgesetzt wurden. Sie fordern, dass Beteiligungsformate nicht folgenlos bleiben, sondern durch Rückmeldung und Ergebnisoffenheit legitimiert werden. Diese Forderung nach Feedbackmechanismen und Kontinuität zielt darauf ab, Beteiligung als dialogischen und lernorientierten Prozess zu etablieren.

Schließlich wird in mehreren Dokumenten die Bedeutung **niederschwelliger Dialogformate** betont. Begegnungen zwischen Politiker*innen und Jugendlichen sollen regelmäßig und auf Augenhöhe stattfinden, um Distanz und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Dabei geht es nicht um symbolische Treffen, sondern um echte Gesprächsgelegenheiten, die Perspektiven junger Menschen ernst nehmen.

Insgesamt zeigen die Forderungen, dass junge Menschen Demokratie als dynamisches und partizipatives System verstehen, das nur dann legitim bleibt, wenn es Teilhabe ermöglicht. Ihre Vorschläge verbinden strukturelle Reformen mit pädagogischer und kultureller Demokratiearbeit. Damit formulieren sie ein konstruktiv-systemisches Demokratieverständnis, das politische Institutionen zu Öffnung, Transparenz und Verantwortung auffordert.

Gesprächskultur und Demokratieverständnis

Junge Menschen

Jugendarbeit als Sprachrohr fördern; die Stimmen junger Menschen weitertragen/in die Politik tragen (Jugendkonferenz 2019, S. 18).

Transparenz zwischen Entscheidungsträger*innen und jungen Menschen bezüglich Machbarkeit und Umsetzung von Forderungen (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Allgemein

Stärkerer Austausch zwischen den Interessenvertretungen verschiedener Generationen mit Dialogmöglichkeiten (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Moderierte Diskussionen auf Gemeindeebene mit diversen Zusammensetzungen und gemeinsamen Gesprächsregeln etablieren. Dabei könnten auch alternative Settings genutzt werden, z. B. Spielabende, Stammtische oder eine Kaffeehausrunde (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Alle Dialogformate müssen inklusiv und auf Augenhöhe gestaltet sein (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Politische Entscheidungsträger*innen

In der Politik sollen Gemeinsamkeiten vor Unterschieden stehen und Kompromisse erarbeitet werden (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Expert*innen (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Klares Bekenntnis, dass mit Ergebnissen auf politischer Ebene weitergearbeitet wird (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Follow-Up mit Feedback und Argumentation zu Umsetzung oder Nichtumsetzung von Entscheidungsträger*innen zu den Forderungen und Anregungen junger Menschen (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Ergebnisoffenheit: Entscheidungsträger*innen lassen sich auf tatsächliche Ergebnisse ein (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Parteiliches Denken darf nicht immer im Vordergrund stehen (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Quellen- und Faktenchecks müssen auch bei politischen Diskussionen stattfinden (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Vermeidung von Inszenierung, "Youth Washing" und Scheinbeteiligung; und mehr ehrlicher Dialog auf Augenhöhe (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Mehr Verständnis von Politiker*innen für junge Menschen und ihre Anliegen (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Politiker*innen sollen bei Diskussionen in Gemeinderäten, Ministerien, öffentlichen Debatten etc. auf eine konstruktive Gesprächskultur achten (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Politiker*innen sollen verständlich kommunizieren, Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen und mehr Empathie für die Lebensrealitäten unterschiedlicher Menschen sowie Gruppen zeigen (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Auch in ihrem Handeln und Verhalten müssen Politiker*innen auf allen Ebenen als Vorbilder vorangehen (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Politikerinnen müssen sich vor ihrer Ernennung (z. B. für Ministerinnenposten, Kommissionsmitglieder, Kommissionspräsident*in) einer Eignungsprüfung hinsichtlich ihrer Expertise und Qualifikationen unterziehen (Jugendkonferenz 2025, S. 10).

Politiker*innen sollen direkt ansprechbar sein, z. B. durch Sprechstunden, Schulbesuche oder über Soziale Medien (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Europa und Europäische Union

Junge Menschen

Die Bildung zum Thema Europa und zur EU sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Zusammenhängen stärken (European Youth Goals, S. 17).

Quoten für junge Menschen im EU-Parlament, in den beiden Kammern des nationalen Parlaments sowie den Landtagen, um sicherzustellen, dass junge Menschen stärker in Entscheidungsgremien repräsentiert sind (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Informationen über die vielfältigen Angebote der EU für junge Menschen in Österreich (z. B. Möglichkeiten im Rahmen des ESK) besser an die Zielgruppe kommunizieren. Dafür könnte eine Plattform eingerichtet werden, die Interessierte

und Projektträger*innen zusammenführt (Übersicht aller freien Plätze in Erasmus+/ESK-Projekten) und Junge noch stärker in Entscheidungen, die sie betreffen, einbinden (Jugendkonferenz 2025, S. 8).

Den Zugang zu europäischen Jugendprogrammen verbessern, für einen jugendgerechten Verwaltungsablauf sorgen sowie Unterstützung und gute Informationen für alle Teilnehmenden und Antragstellenden bereitstellen (European Youth Goals, S. 27).

Über EU-Programme wie Erasmus+ sollen mehr Austausch- und Dialogformate, auch zwischen Generationen gefördert werden (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Sicherstellen, dass alle gleichberechtigten Zugang zu unparteiischen und jugendgerechten Informationen darüber haben, wie die EU funktioniert, wie man sich dort engagieren kann und welche Möglichkeiten sie bietet (European Youth Goals, S. 17).

Alle Akteurinnen der EU – insbesondere aber die einzelnen Institutionen und Politikerinnen – müssen mehr jugendfreundliche Einblicke in die EU und ihre Entscheidungsprozesse bieten (Jugendkonferenz 2025, S. 3).

Mehr Kommunikation der EU-Institutionen auf Social Media mit auf junge Menschen zugeschnittenen Inhalten [...] frei von parteipolitischer Färbung (Jugendkonferenz 2025, S. 4).

Europastunde im ORF [...] jede Woche eine Stunde über die aktuellen Vorgänge, Themen und Entscheidungsprozesse der EU (Jugendkonferenz 2025, S. 4).

Angebote klar und übersichtlich darstellen – z. B. auf einer All-in-One Plattform oder App, auf der alle Angebote der EU für junge Menschen zu finden sind. Auf dieser sollten auch niederschwellige Informationen zu den EU-Institutionen verfügbar sein sowie faktenbasierte Informationen rund um aktuelle Entscheidungsprozesse (Jugendkonferenz 2025, S. 7).

Allgemein

Mehr direkte Gespräche zwischen EU-Mitarbeiterinnen/-Politikerinnen und der Gesellschaft ermöglichen, z. B. über Bürger*innensprechstunden, digitale Plattformen oder EU-weite Dialogformate und partizipative Prozesse (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Dialog zwischen Generationen auch über Grenzen hinweg ermöglichen, z. B. durch ein spezifisches EU-Förderprogramm (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Bei Konferenzen auf EU-Ebene immer auf eine diverse Zusammensetzung hinsichtlich Alter, Erfahrung, Herkunft etc. achten (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Informationen über die EU auch in einfacher Sprache und niederschweligen Formaten (z. B. Videos) (Jugendkonferenz 2025, S. 4).

Neutrales, analoges Informationsmaterial speziell für ältere Menschen vor EU-Wahlen (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Beteiligung

Junge Menschen

Gründung eines Kinder- und Jugendrates zuerst auf Gemeindeebene(!) und erst dann darauf aufbauend auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene, somit eine Umkehrung des derzeitigen Modells (Jugendkonferenz 2024, S. 8).

Junge Menschen innerhalb von Parteien fördern, ihnen einen Platz am Tisch geben und zutrauen, wichtige Positionen auf Parteiebene zu übernehmen (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Förderung des Engagements junger Menschen, damit sich diese aktiv am Gemeindeleben und in der Gemeindepolitik beteiligen (Jugenddialog 2021a, S. 17).

Die finanziellen Mittel erhöhen sowie die Art der Zuwendungen und das Spektrum der für Jugendorganisationen und Jugendgruppen in Frage kommenden Initiativen erweitern (European Youth Goals, S. 27).

Mehr finanzielle Mittel für Jugendrepräsentation in politischen Entscheidungsgremien und in internationalen Organisationen (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Mehr partizipatorische Jugendbudgets für Projekte und Ideen junger Menschen (Jugendkonferenz 2022, S. 14; Jugenddialog 2022, S. 20).

Mehr niederschweligen Förderungen für lokale Projekte (Jugenddialog 2022, S. 20).

Mehr Budget für kleine Beteiligungsprojekte (Jugendkonferenz 2022, S. 14).

Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung. Partizipation auf allen Ebenen fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 17, 2022, S. 13; Jugenddialog 2022, S. 20, 2024, S. 17).

Mehr und qualitativ hochwertige Beteiligungsangebote im direkten Lebensumfeld junger Menschen. Z.B. in der Gemeinde oder in der Schule (Jugendkonferenz 2022, S. 14)

Jugendbeteiligung erhöhen und damit für eine gleichberechtigte Vertretung junger Menschen bei Wahlen sorgen, in gewählten Gremien ebenso wie in anderen Entscheidungsgremien auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Sicherstellen, dass junge Menschen alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Ebenen des Entscheidungsprozesses angemessen beeinflussen können, damit politische Maßnahmen den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen - angefangen von der Festlegung der Diskussionspunkte bis zur Umsetzung, Begleitung und Evaluierung mithilfe von jugendgerechten und zugänglichen Prozessen und Strukturen (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Die demokratische Beteiligung und Autonomie junger Menschen stärken und eigene Jugendbereiche in allen Teilen der Gesellschaft schaffen (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Verpflichtende Jugendbeiräte in Gemeinden und Bezirken (Jugendkonferenz 2025, S. 7).

Verpflichtende Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse durch qualitativ hochwertige Beteiligungsformate und Dialogplattformen (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Die Bundesjugendvertretung in ihrer Rolle als Interessenvertretung junger Menschen stärken, finanziell absichern und noch stärker in Entscheidungen, die junge Menschen betreffen, einbinden (Jugendkonferenz 2025, S. 7).

Kooperations- und Kompromissbereitschaft von Entscheidungsträger*innen bei der Umsetzung von Ergebnissen von Jugendbeteiligungsprozessen (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Beteiligungsprojekte nur zu starten, wenn sie mit ausreichendem Budget ausgestattet sind und ergebnisoffen geführt werden können (Jugendkonferenz 2022, S. 14).

Mehr Unterstützung und Flexibilität in der Politik für die Umsetzung von Forderungen junger Menschen. Projekte sollen zeitnah realisiert und Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden (Jugenddialog 2021a, S. 17).

Jugendgerechte, relevante, umfassende Informationen bereitstellen, die von und mit Jugendlichen entwickelt werden, um Jugendbeteiligung zu ermöglichen (Jugenddialog 2021b, S. 2).

Sicherstellen, dass jeder junge Mensch Zugang zu sicheren virtuellen Jugendräumen hat und damit zu Informationen und Dienst(leistung)en, aber auch zu Möglichkeiten der Jugendbeteiligung (Jugenddialog 2021b, S. 1).

Teilnahme junger Menschen an Treffen mit Politikerinnen, wenn wichtige Entscheidungen anstehen (Jugenddialog 2021b, S. 5).

Möglichkeit zur Teilnahme an Regelmäßigen Online-Treffen mit Politikerinnen (Jugenddialog 2021b, S. 5).

Mehr Möglichkeiten, sich mit Politiker*innen auszutauschen, z. B. in Dialogformaten (sollten offen und zugänglich für alle jungen Menschen sein) (Jugendkonferenz 2025, S. 6).

Organisation von niederschweligen Treffen zwischen Politiker*innen und jungen Erwachsenen (Jugendkonferenz 2023, S. 7).

Jugendquoten in Gremien/Ausschüssen, die Jugendthemen behandeln (Jugenddialog 2022, S. 20).

Allgemein

Schaffung von repräsentativen Beratungsgremien zu aktuellen Themen (ähnlich dem Klimarat) mit Verbindlichkeiten zur Weiterarbeit mit den Ergebnissen (Jugendkonferenz 2025, S. 7).

Einberufung von Bürger*innenräten bei diversen Fragen (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Qualitätsvolle Beteiligung(sprozesse) zeichnen sich für junge Menschen so aus: Keine einmaligen Events sondern institutionalisierte Prozesse. Ausreichend Ressourcen (Zeit & Budget). Vorbereitung für Teilnehmer*innen & Unterstützung durch Expert*innen. Transparente Rahmenbedingungen für TN & Entscheidungsträger*innen. Moderation, sicheres Umfeld & Dialog auf Augenhöhe. Offen für alle jungen Menschen, insb. auch für junge Menschen mit Behinderung. Verpflichtung der Entscheidungsträger*innen zur Weiterarbeit mit den Ergebnissen. Transparenz hinsichtlich der Umsetzbarkeit der Forderungen. Follow-Up in Form eines Feedbacks, welche Forderungen umgesetzt wurden, welche nicht & warum (Jugenddialog 2022, S. 22).

Den Dialog zwischen Politikerinnen und Bürgerinnen könnte man z. B. durch ein entsprechendes regelmäßiges TV-Format stärken (Jugendkonferenz 2025, S. 12).

Der Ablauf und die Rahmenbedingungen von Beteiligungsprozessen müssen von Beginn an transparent an alle Beteiligten kommuniziert werden (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Ländliche Räume

Junge Menschen

Sicherstellen, dass junge Menschen in ländlichen Räumen aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligt sind (European Youth Goals, S. 22).

Ernstnehmen von bereits bestehenden Beteiligungsstrukturen für und Interessenvertretungen von jungen Menschen (u.a. Landesschüler*innenvertretungen, Bundesjugendvertretung, etc.) (Jugendkonferenz 2022, S. 13).

Politische Unterstützung für die Umsetzung der Forderungen, Bedürfnisse und Ideen junger Menschen im ländlichen Raum (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Informationen über bestehende Angebote für junge Menschen im ländlichen Raum breiter kommunizieren, damit junge Leute davon erfahren (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Partizipations-Möglichkeiten verbessern und zulassen (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Unterstützung junger Menschen, eigene Projekte oder Vereine zu gründen und Hürden senken (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Förderung junger Menschen, sich in der Gemeinde zu beteiligen und in Gemeindepolitik aktiv zu werden (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Mehr Einflussnahme von Jugendlichen auf (Regional-)Politik, damit die Jugend gehört wird (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Politiker*innen sollen direkt ansprechbar sein, z. B. durch Sprechstunden, Schulbesuche oder über Soziale Medien (Jugenddialog 2021a, S. 17).

Gezielte Kommunikation und Einbindung junger Menschen z.B. durch soziale Medien (Jugendkonferenz 2019, S. 11).

Cluster 8: Medien, Digitalisierung & Information

Die Forderungen im Themenfeld Medien, Digitalisierung und Information machen deutlich, dass junge Menschen Medienkompetenz und digitalen Zugang als zentrale Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe begreifen. Ihre Perspektiven zeigen, dass Informationsgerechtigkeit und digitale Bildung für sie nicht nur Fragen technologischer Ausstattung, sondern vor allem sozialer, demokratischer und kultureller Integration sind.

Ein zentraler thematischer Strang betrifft die **jugendgerechte Aufbereitung politischer und gesellschaftlicher Informationen**. Junge Menschen fordern verständliche, ansprechende und mehrkanalige Informationsformate, die komplexe Themen – insbesondere zur Europäischen Union, Nachhaltigkeit oder politischen Entscheidungsprozessen – transparent und zugänglich machen. Die Idee, Social Media gezielt für politische Kommunikation zu nutzen oder Plakatkampagnen in Schulen zu initiieren, zeigt den Wunsch nach niedrigschwelligen, glaubwürdigen Kommunikationswegen, die an die Lebensrealität Jugendlicher angepasst sind. Medien sollen nicht nur informieren, sondern Beteiligung anregen.

Daneben wird die **Stärkung von Medienkompetenz** als eigenständiges Bildungsziel hervorgehoben. Die Jugendlichen erkennen, dass Informationsflut, Desinformation und algorithmisch gesteuerte Inhalte die Fähigkeit zur kritischen Urteilsbildung herausfordern. Sie fordern schulische und außerschulische Bildungsangebote, die kritischen Umgang mit Medien, Faktenprüfung und reflektiertes Konsumverhalten vermitteln. Medienkompetenz wird hier nicht als technisches, sondern als demokratisches Bildungsziel verstanden – ein Schutzmechanismus gegen Manipulation und Extremismus.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf **Verantwortung und Regulierung digitaler Räume**. Jugendliche fordern, dass soziale Medien stärker reguliert werden, um Hate Speech, Diskriminierung und Falschinformationen entgegenzuwirken. Die genannten Erfahrungen mit Online-Hassrede und Diskriminierung verdeutlichen, dass digitale Gewalt als reale Bedrohung wahrgenommen wird. Diese Erfahrungen führen zu Forderungen nach klaren Regeln, aber auch nach institutioneller Verantwortung: Plattformbetreiber, Bildungseinrichtungen und Politik sollen gemeinsam Maßnahmen entwickeln, die digitale Räume sicherer und inklusiver gestalten.

Darüber hinaus betonen die Jugendlichen die Bedeutung **barrierefreier Kommunikation**. Der Zugang zu Informationen in leichter Sprache, mehrsprachige Formate und inklusive Plattformen werden als Voraussetzungen für demokratische Teilhabe gesehen. Besonders junge Menschen mit Behinderungen oder Sprachbarrieren fordern, dass Informationssysteme so gestaltet werden, dass sie allen zugänglich sind. Damit wird der digitale Raum nicht nur als Kommunikations-, sondern als Gerechtigkeitsraum verstanden.

Insgesamt reflektieren die Forderungen ein Medienverständnis, das auf Verantwortlichkeit und Inklusion basiert. Jugendliche fordern einen kritischeren, demokratisch kontrollierten und sozial ausgewogenen Umgang mit digitalen Technologien. Medienpolitik wird hier zu einer Querschnittsaufgabe, die Bildungs-, Demokratie- und Sozialpolitik verbindet – mit dem Ziel, dass digitale Teilhabe für alle Menschen möglich und sicher sein sollte.

Medienkompetenz und Regulierung

Junge Menschen

Informations- und Medienkompetenz fördern (Jugendkonferenz 2019, S. 16).

Digitalkompetenz (Jugendkonferenz 2019, S. 16).

Sicherstellen, dass junge Menschen Hetze und Diskriminierung im Netz und in der realen Welt erkennen und anzeigen können (European Youth Goals, S. 20).

Allgemein

Stärkung von Medienkompetenz und Reflexionsfähigkeit – bei Jugendlichen, Eltern & Lehrer:innen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Informationskampagnen zur Vermeidung von Fake News und für Informations- und Medienkompetenz (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Stärkung und Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für bestehende Initiativen, die bereits Bildungsarbeit für den digitalen Raum machen und aktiv gegen Desinformation, Hassrede und Gewalt im Netz vorgehen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Stärkere Regulierung von Social Media, v. a. hinsichtlich Hassnachrichten, ohne die Meinungsfreiheit zu sehr einzuschränken (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Politische Institutionen müssen zur Angabe von Quellen für Behauptungen auf Social Media verpflichtet werden (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Gezielte Maßnahmen gegen unrealistische Schönheitsideale auf Social Media (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Kein allgemeines Handyverbot, sondern Vermittlung, wie man Handys gut nutzt – nicht nur für junge Menschen, sondern auch für Eltern und Ältere (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Social-Media-Algorithmen regulieren, um Filter-Bubbles vorzubeugen (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Entwicklung einer EU-geförderten Plattform, über die Fakten seriös gecheckt werden können (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Große Internetplattformen müssen mehr in die Pflicht genommen werden (Jugenddialog 2024, S. 17).

Verpflichtende Faktenchecks und Kennzeichnung wissenschaftlich geprüfter Informationen, z. B. Verlinkung zu Info-Seiten bei sensiblen Themen (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Förderung und Stärkung der Zivilcourage im digitalen Raum (TOPSY Dialogveranstaltungen 2025, S. 24).

Fake News in Medien – insbesondere auf Social Media – bekämpfen, z. B. durch eine Quellenpflicht für alle Medien (Jugendkonferenz 2025, S. 13).

Wissenschaftliche Fundierung von Informationen (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Zugang zu Information

Junge Menschen

Sicherstellen, dass junge Menschen einen einfachen Zugang zu jugendgerechten Informationen haben, denen ethische und Qualitätsstandards zugrunde liegen (European Youth Goals, S. 20).

Social Media intensiver nutzen, um Entscheidungen und aktuelle Prozesse kurz darzustellen, sodass mehr junge Menschen erreicht werden können. Verlinkung umfassenderer Informationsquellen (Jugendkonferenz 2025, S. 4).

Allgemein

Zielgruppenspezifische Aufbereitung von Informationen (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Informationsquellen ohne Werbung und nicht politisch gefärbt (Jugendkonferenz 2022, S. 10).

Sprachbarrieren durch digitale Lösungen abbauen (z.B. QR-Codes bei Aushängen), KI zum Vorteil einsetzen - als Übersetzer (Jugendkonferenz 2024, S. 26).

Informationen in mehreren Sprachen, in leichter Sprache und Gebärdensprache-verfügbar machen (Jugendkonferenz 2024, S. 10).

Literaturverzeichnis

European Youth Goals: Politik für junge Menschen mit jungen Menschen gestalten. Broschüre. Online verfügbar unter jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/Jugenddialog_Broschuere_Onlineversion.pdf (Seite: <https://jugenddialog.at/materialien/>).

Inklusionsbeirat BJV (2024a): 3. Treffen des Inklusionsbeirates. Online verfügbar unter jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/Jugenddialog_Onlineversion.pdf.

Inklusionsbeirat BJV (2024b): 4. Treffen des Inklusionsbeirates. Online verfügbar unter <https://bjv.at/das-war-das-4-treffen-des-inklusionsbeirats/>.

Inklusionsbeirat BJV (2023): 1. Treffen des Inklusionsbeirates. Online verfügbar unter <https://bjv.at/das-war-das-1-treffen-des-inklusionsbeirats/>.

Jugenddialog (2021a): 7. Beteiligungsrunde. Youth Goals #6 „Jugend im ländlichen Raum voranbringen“, #7 „Gute Bildung für alle“ und #8 „Gutes Lernen“. Online verfügbar unter https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/Jugenddialog_Ergebnisse_Zsfg.pdf (Seite: <https://jugenddialog.at/ergebnisse-der-siebten-beteiligungsrunde-jugenddialog/>).

Jugenddialog (2021b): 8. Beteiligungsrunde. Youth Goal #9 "Räume und Beteiligung für alle". Online verfügbar unter https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2025/10/Ergebnisse_Beteiligungsrunde-8-AT.pdf (Seite: <https://jugenddialog.at/ergebnisse-aus-der-achten-beteiligungsrunde/>).

Jugenddialog (2022): 9. Beteiligungsrunde. Konsultationsphase. <https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/PPP-Konsultationsergebnisse-51-NAG-1-1.pdf> (Seite: <https://jugenddialog.at/ein-rueckblick-auf-die-9-beteiligungsrunde/>).

Jugenddialog (2024): 10. Beteiligungsrunde. Pressegespräch: We need YOUth! Online verfügbar unter https://bjv.at/wp-content/uploads/2024/04/Presseunterlage_Jugenddialog_2024.pdf (Seite: <https://jugenddialog.at/eu-jugenddialog-zeigt-barrieren-fuer-die-beteiligung-junger-menschen-auf/>).

Jugendkonferenz (2019): 1. Österreichische Jugendkonferenz. Online verfügbar unter <https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2025/10/1.-Oesterreichische-Jugendkonferenz-Ergebnisse-Konferenz.pdf> (Seite: <https://jugenddialog.at/ergebnisse-der-siebten-beteiligungsrunde-jugenddialog/>).

Jugendkonferenz (2020): 2. Österreichische Jugendkonferenz. Online verfügbar unter https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/Ergebnisse_2.OeJK_.pdf (Seite: <https://jugenddialog.at/das-war-die-zweite-oesterreichische-jugendkonferenz/>).

Jugendkonferenz (2022): 3. Österreichische Jugendkonferenz. Online verfügbar unter https://bjv.at/wp-content/uploads/2022/06/Dokumentation_3OEJK_2022.pdf (Seite: <https://bjv.at/oejugendkonferenz/>)

Jugendkonferenz (2023): 4. Österreichische Jugendkonferenz. Online verfügbar unter <https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2025/10/Dokumentation-4.OeJK-Partner.pdf> (Seite: <https://jugenddialog.at/das-war-die-4-oesterreichische-jugendkonferenz/>)

Jugendkonferenz (2024): 5. Österreichische Jugendkonferenz. Empfehlungen für Inklusive Gesellschaften. Online verfügbar unter <https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2024/07/Katalog-Empfehlungen-fuer-Inklusive-Gesellschaften-der-Teilnehmenden-der-Oesterreichischen-Jugendkonferenz.pdf>

Jugendkonferenz (2025): 6. Österreichische Jugendkonferenz. Forderungen. Online verfügbar unter <https://jugenddialog.at/wp-content/uploads/2025/07/Forderungen-Jugendkonferenz-2025.pdf> (Seite: <https://jugenddialog.at/jugendkonferenz-2/>)

TOPSY Dialogveranstaltungen (2025): Von Kopf zu Kopf. Stimmen zur psychischen Gesundheit junger Menschen in Österreich. Online verfügbar unter https://bjv.at/wp-content/uploads/2025/08/TOPSYouth_Von-Kopf-zu-Kopf.-Stimmen-zur-psychischen-Gesundheit-junger-Menschen-in-Oesterreich.pdf (Seite: <https://bjv.at/topsy/>)